



## 62. Sitzung, Montag, 29. Juni 2020, 08:15 Uhr

Vorsitz: *Roman Schmid (SVP, Opfikon)*

### Verhandlungsgegenstände

<b>1. Mitteilungen .....</b>	<b>2</b>
Antworten auf Anfragen	
Ratsprotokoll zur Einsichtnahme	
Zuweisung von neuen Vorlagen	
Klimadebatte	
<b>2. Wahl Mitglied Steuerrekursgericht für Micheline Roth .....</b>	<b>28</b>
für Micheline Roth	
Antrag der Interfraktionellen Konferenz	
KR-Nr. 188/2020	
<b>3. Raumplanerische Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel .....</b>	<b>30</b>
Motion Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Martin Neukom (Grüne, Winterthur), Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) vom 26. September 2018	
KR-Nr. 187/2018, RRB-Nr. 919/26. September 2018 (Stellungnahme)	
<b>4. Klimaverträglichkeitsabschätzung der gesetzlichen Grundlagen .....</b>	<b>44</b>
Motion Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Beat Bloch (CSP, Zürich), Kathy Steiner (Grüne, Zürich) vom 20. August 2018	
KR-Nr. 225/2018, RRB-Nr. 1050/7. November 2018 (Stellungnahme)	
<b>5. Klimaschutz: Förderung von grossen Solaranlagen .....</b>	<b>52</b>

Motion David John Galeuchet (Grüne, Bülach), Martin Neukom (Grüne, Winterthur), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 20. August 2018

KR-Nr. 227/2018, RRB-Nr. 1051/7. November 2018  
(Stellungnahme)

**6. Verschiedenes ..... 61**  
Fraktions- und persönliche Erklärungen

## **1. Mitteilungen**

### **Geschäftsordnung**

*Ratspräsident Roman Schmid:* Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

### **Antworten auf Anfragen**

*Ratspräsident Roman Schmid:* Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf zwei Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 108/2020, #stayathome darf nicht zum Anstieg der Gewalt gegen Frauen und Kinder führen  
*Michèle Diünki-Bättig (SP, Glattfelden), Sibylle Marti (SP, Zürich)*
- KR-Nr. 175/2020, Unterstützung der Alters- und Pflegeheime und/oder der Gemeinden bei der Bewältigung der finanziellen Folgen von Covid-19  
*Brigitte Röösli (SP, Illnau-Effretikon) und Mitunterzeichnende*

### **Ratsprotokoll zur Einsichtnahme**

Auf der Webseite des Kantonsrates ist einsehbar:

- Protokoll der 60. Sitzung vom 15. Juni 2020, 15.00 Uhr
- Protokoll der 61. Sitzung vom 22. Juni 2020, 8.15 Uhr

### **Zuweisung von neuen Vorlagen**

Zuweisung an die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt:

- **Strassengelder für Strassen (Fonds im Eigenkapital)**  
Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 346/2016, Vorlage 5633

## ***Klimadebatte***

*Ratspräsident Roman Schmid:* Vorab einige Informationen zum Ablauf der Klimadebatte:

Der Behandlung der einzelnen Geschäfte wird eine Grundsatzdebatte vorangestellt. In dieser Grundsatzdebatte sprechen die Fraktionen und der Regierungsrat. Die Redezeit ist auf zehn Minuten festgelegt. Die Fraktionen und der Regierungsrat können diese Redezeit unter sich aufteilen. Die Gesamtdauer für die Grundsatzdebatte liegt somit bei 90 Minuten. Im Anschluss werden die einzelnen Geschäfte in freier Debatte mit reduzierter Redezeit behandelt.

Die Geschäftsleitung schlägt folgende Redezeiten vor: Erstunterzeichnendes Ratsmitglied zehn Minuten, Fraktionssprechende und Regierungsrat fünf Minuten, übrige Sprecherinnen und Sprecher zwei Minuten. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

*Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen):* Klima- und Umweltschutz durch Fortschritte statt Symbolpolitik. Ja, das Klima erwärmt sich. Ja, zu viel CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre spielt eine Rolle. Ja, der Mensch erzeugt CO<sub>2</sub> und trägt damit zur Erwärmung bei. Ja, auch die Schweiz trägt einen Anteil – um genau zu sein, 0,1 Prozent – zum weltweiten menschengemachten CO<sub>2</sub>-Ausstoss bei. Und ja, es steht ausser Frage, dass die Natur unsere Lebensgrundlage darstellt und daher schädliche Einflüsse jeglicher Art in Grenzen gehalten werden sollen.

Doch ist das alles neu? Stehen wir vor dem Abgrund? In der mit religiösem Eifer geschrüten Klimapanik warnen überhitzte Politiker vor dem nahenden Weltuntergang. Das Geschäft mit der Angst beschert den dunkel-, hell- und neugrünen Parteien Wahlerfolge und in den Parlamenten den Durchbruch von Symbolpolitik in Form von missbräuchlichen und wirkungslosen Notstandserklärungen. Was ein eigentlicher Notstand ist, das haben wir gerade eben mit Corona (*Covid-19-Pandemie*) erlebt.

Was wir in der Diskussion vermissen, sind die enormen Fortschritte der letzten Jahrzehnte. Als ich so alt war wie die jungen Klimademonstranten von heute, benötigte man zum Heizen eines Einfamilienhauses so viel Öl, wie wir heute für 15 Wohneinheiten brauchen. Flugzeuge waren um Faktoren lauter, zogen eine lange Rauchschleppe hinter sich her und verbrauchten 43 Prozent mehr Treibstoff pro Passagier-Kilometer als heute. Das öffentliche Verkehrsnetz wurde und wird massiv ausgebaut. Laufende Effizienzsteigerungen im modernen Automobilbau so-

wie alternative Antriebe führten zu einer wesentlich besseren Energiebilanz. Auch die Schweizer Landwirtschaft leistet ihren Teil zu einer besseren Klimabilanz bei, gerade weil sie selber vom Klimawandel stark betroffen ist. Sie befindet sich dabei auf gutem Weg. Die Treibhausgasemissionen konnten seit 1990 um über 11 Prozent gesenkt werden und die Emissionen aus dem Treibstoffverbrauch gingen sogar um über 20 Prozent zurück.

Mit dem AGROCO<sub>2</sub>NCEPT Flaachtal haben Landwirte und Unternehmer aus der Region Flaachtal die Initiative ergriffen, um die Machbarkeit des praktischen Klimaschutzes im landwirtschaftlichen Alltag und in der Region aufzuzeigen. In einem vom BLW (*Bundesamt für Landwirtschaft*) unterstützten Ressourcenprojekt sollen die Treibhausgasemissionen auf den Betrieben gesenkt, CO<sub>2</sub> gespeichert und mit den Erfahrungen ein Beitrag zum Klimaschutz in der gesamten Schweiz geleistet werden. Mittlerweile ist daraus ein Projekt zur regionalen Entwicklung, ein sogenanntes PRE-Projekt, geworden, das aktiv vom ALN (*Amt für Landschaft und Natur*) und vom ZBV (*Zürcher Bauernverband*) unterstützt wird.

Diverse weitere Organisationen haben Programme ins Leben gerufen, bei denen Betriebe freiwillig mitmachen können und sich verpflichten, mittelfristig ihre Emissionen zu senken. Solche Ansätze, welche Innovationen und Eigeninitiative fördern, unterstützt die SVP. Aber schauen Sie, auch hier gilt: Produktion ist geprägt von der Nachfrage. Die Anzahl Tiere wegen deren Methan-Ausstoss zu reduzieren, bringt dem Klima nichts, wenn das gegessene Fleisch stattdessen importiert wird. Generell haben es die Konsumenten mit in der Hand, indem sie sich für bewusstes Einkaufen von lokalen und saisonalen Produkten entscheiden und Lebensmittelverschwendungen vermeiden. Ebenso gilt es Zielkonflikte zu lösen, die insbesondere bei Massnahmen für mehr Tierwohl entstehen können.

Das Bevölkerungswachstum durch die Zuwanderung führt zu einem stetig steigenden Energiebedarf und bringt die Kapazität der Infrastrukturen an die Grenze. Die erreichten Fortschritte werden dadurch weitgehend ausgeglichen, der Bedarf an Treibstoffen und Strom ist dabei in den letzten 40 Jahren im Kanton Zürich konstant geblieben. Das zeigt aber auch, die Schweiz und der Kanton Zürich sind in Sachen Energieeffizienz gut unterwegs. Würden unsere Massstäbe global angesetzt, würde die Klimadebatte – wenn überhaupt – wesentlich entspannter geführt.

In der jüngeren Vergangenheit sind massive Anstrengungen zur Verbesserung der Ökobilanz in allen Sektoren unternommen worden, am

erfolgreichsten immer dann, wenn der Markt spielt und sich ökologische Entwicklungen auch ökonomisch rechnen, was meistens der Fall ist. Denn Energie kostet Geld. Es sind die Hauseigentümer, die Unternehmen, die KMU und die Bauern, welche den grössten Beitrag leisten und auch als Produzenten von erneuerbaren Energien die Nase vorne haben. Die propagierte Suffizienz der Klimaheiligen führt zu nicht hinnehmbaren Freiheitsbeschränkungen und zur Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit. Sie gefährdet genau den Wohlstand, den es braucht, um die erforderlichen Fortschritte zu finanzieren.

Wenn wir nun aktuell das CO<sub>2</sub> als grösste Geissel der Menschheit einschätzen und daher auf die Elektromobilität, Wärmepumpen und Digitalisierung setzen, dann brauchen wir Strom, sehr viel Strom. Mit erneuerbaren Energien alleine werden wir das nie schaffen. Die Sonne scheint dann aufs Panel, wenn das Auto unterwegs ist. Sie scheint dann nicht, wenn wir heizen wollen. Windräder sind bei uns weder effizient genug noch landschaftsverträglich, die Geothermie zur Stromproduktion noch sehr weit von rentablen Lösungen entfernt. Zu Dumpingpreisen importierter Kohle- und Gaskombistrom aus Deutschland kann unmöglich die Lösung sein, die Klimaziele würden damit geradezu pervertiert. Man kann es also drehen und wenden wie man will, es geht nicht auf. Wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen tatsächlich unser grösstes Problem sind, dann führt kein Weg daran vorbei, die Haltung und Weiterentwicklung der Kernenergie zu überdenken. Denk- und Technologieverbote führen da nicht weiter.

«Eine Pandemie reicht nicht, um die Welt zu retten», betitelte der Tagess-Anzeiger kürzlich einen Gastkommentar von Edgar Schuler. Unter Klimaaktivisten gilt es als ausgemacht, dass wir das Wirtschaftswachstum stoppen müssen, um den Planeten zu retten, «Systemwechsel statt Klimawandel» lautet die Forderung. Die anrollende Wirtschaftskrise nach dem weltweiten Lockdown stützt auf den ersten Blick diese Forderung: Der gegenwärtige Stillstand der Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr wird zu einem Rückgang des Treibhausgas-Ausstosses um 5 bis 6 Prozent führen, mehr als in jeder Wirtschaftskrise zuvor. Das sagt eine vielzitierte Analyse des Thinktanks Carbon Brief. Aber eine Pandemie allein rettet das Klima nicht. Nehmen wir an, dass die jetzt erzielte Reduktion von Treibhausgasen die nächsten zehn Jahre anhält. Dann würde das knapp reichen, um auf das Klimaziel der UNO zu kommen, auf 1,5 Grad Erderwärmung. Einfacher zu erreichen ist das weniger ambitionierte Ziel von maximal 2 Grad. Dazu braucht es eine Pandemie alle zwei Jahre bis 2030, eine fürchterliche Vorstellung. Corona bietet

jetzt eine Vorahnung davon, was ein Stillstand der Wirtschaft für Arbeit, soziale Sicherheit und Wohlbefinden heisst – weltweit und in der Schweiz. Wir erleben gerade, wie viel Stress, Arbeitslosigkeit, Leid und verpasste Lebenschancen schon zwei Monate wirtschaftlicher Stillstand verursachen. Dabei sind die ganzen Folgen in ihrem Ausmass noch ungewiss. Von möglichen sozialen und politischen Auswirkungen haben wir bis heute nur einen schwachen Vorgeschmack.

Über die drohende Verelendung freut sich niemand, wohl auch kein Klimaaktivist, im Gegenteil: Überall wird nach noch mehr Entschädigungen vom Staat gerufen. Wir verteilen momentan das Geld der nächsten Generation, indem wir den Staat verschulden. «Wir können uns das leisten», werden Sie sagen. Ja, weil wir bisher geschaut und eine Wirtschaftskraft aufgebaut haben, die genau das ermöglicht.

Der wirtschaftliche Lockdown der halben Welt war eine Panikreaktion auf die unmittelbar bevorstehende Gefahr von potenziell vielen Millionen Seuchentoten. Die Regierungen griffen zum brutalstmöglichen Mittel, um die Pandemie einzudämmen. Sie liessen einen Hammer niedersausen. Damit schlügen sie nicht nur das Virus tot, sondern auch den Wohlstand von Milliarden von Menschen. Diese krude Massnahme wird jetzt nach und nach und vorsichtig durch ein verfeinertes, angepasstes Regime ersetzt.

Die Klimaaktivisten wollen gegen den Klimawandel denselben harten Hammer schwingen wie die Regierungen in der Anfangsphase der Pandiebekämpfung: Vollstopp der Wirtschaft. Aber die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen des Lockdowns lehren etwas anderes: Ein Vollstopp der Wirtschaft ist als vorübergehende Massnahme wohl möglich, aber nur bis zu einem Punkt. Das Murren hat sich zu handfesten Protesten ausgewachsen. Wie viel soziale Unrast und wie viel populistische Gegenreaktion uns noch blühen, davon haben wir vor zwei Wochen in Zürich einen ersten Vorgeschmack erhalten... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

*Ratspräsident Roman Schmid:* Ich werde Sie ab jetzt jeweils 20 Sekunden vor Ablauf der Redezeit daran erinnern. Ich muss heute etwas strenger mit Ihnen umgehen, ich danke für das Verständnis.

*Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen):* Ich beginne mit einem Dank – und ich tue dies im Namen der SP-Fraktion mit Überzeugung: Ohne die Klimabewegung – die weltweite, jene in der ganzen Schweiz, aber auch die bei uns im Kanton Zürich – wären wir heute nicht hier. Wir anerkennen mit der heutigen Klimasession den enormen Einsatz der

Klimabewegung, ihre berechtigten Sorgen, ihr gerechtfertigtes Drängen nach Lösungen. Wir verdanken die heutige Debatte, zweitens, aber auch den Wählerinnen und Wählern in unserm Kanton, die vor etwas mehr als einem Jahr für einen ökologischeren Kantonsrat gestimmt haben. Sie erwarten von uns zu Recht, dass wir den Kampf gegen die Überhitzung unseres Planeten zum prioritären Ziel dieser Legislatur zu machen. Wir nehmen diesen Auftrag ernst und die damit verbundenen grossen Herausforderungen an.

Vor allem aber sind wir heute hier, weil wir erkannt haben, dass die Neuausrichtung der Schweiz und unseres Kantons in der Klimapolitik keinen Aufschub mehr erträgt, keinen! Wir müssen jetzt handeln. Das Ziel, die Erwärmung unseres Planeten auf maximal 1,5 Grad zu beschränken, ist überlebenswichtig. Wenn wir es verfehlten, werden die Folgen gravierend sein, viel gravierender als die Corona-Pandemie. Wir können, wenn wir wollen. Das Ziel, CO<sub>2</sub>- Neutralität noch in dieser Generation zu realisieren, ist erreichbar – wenn wir wollen.

Die Corona-Erfahrung stimmt uns optimistisch. Die letzten Monate haben gezeigt: Die Menschen in diesem Land sind bereit für einschneidende Massnahmen, wenn sie deren Notwendigkeit und Sinn erkennen. Sie sind bereit zu solidarischem Handeln, wenn sie überzeugt sind, dass die gewählten Lösungen zielgerichtet, gerecht und sozial verträglich sind. Wir haben gemeinsam – Bund, Kantone, Gemeinden, Jung und Alt – in einem Kraftakt sondergleichen in der Corona-Krise viel erreicht. Wir haben damit bewiesen, dass eine föderalistische, freiheitliche Gesellschaft wie die unsere Probleme lösen kann, wenn sie will. Wir können, wenn wir wollen, und wir wissen, was wir müssen.

Wir müssen uns von den fossilen Energieträgern verabschieden. Die Treibhausgasemissionen sind Jahr für Jahr um mindestens 3 bis 4 Prozent zu senken. Die technischen Anlagen in diesem Land, die ganze Infrastruktur muss umgebaut werden. Das setzt massive Investitionen voraus, private und öffentliche. Statt Jahr für Jahr Milliarden ins Ausland, an die Öl- und Gasmultis zu verschieben, haben wir die einmalige Chance, die Wirtschaft in der Schweiz anzukurbeln. Das könnte gerade in den nächsten Jahren zu einem Trumpf im Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise werden.

Wir wissen, dass der Strassenverkehr für aktuell rund ein Drittel der Treibhausgas-Emissionen in der Schweiz verantwortlich ist. Wir müssen hier die Rahmenbedingungen und die Infrastruktur so anpassen, dass die Alternativen zum motorisierten Individualverkehr und die neuen Antriebstechnologien eine echte Chance bekommen.

Ein weiteres Drittel der Emissionen wird durch den Gebäudepark verursacht. Genau hier stehen wir als Kanton ganz besonders in der Verantwortung. Wir müssen über die Baugesetzgebung dafür sorgen, dass fossile Heizsysteme verschwinden, durch CO<sub>2</sub>-neutrale Technik ersetzt werden und Gebäudesanierungen rasch vorankommen. Hier können wir in kurzer Zeit enorm viel bewegen. Besonders wichtig: Diese Investitionen sind langfristig wirtschaftlich. Es gibt deshalb keinen vernünftigen Grund, weshalb deswegen die Wohnkosten steigen sollten. Es braucht klare Regeln, um illegitime Mieterhöhungen zu verhindern. Nur so stellen wir sicher, dass die Klimapolitik im Wohnbereich sozialverträglich bleibt.

Der Luftverkehr stiess vor Corona, je nach Berechnungsmethode, rund 10 bis 20 Prozent der Treibhausgase in der Schweiz aus. Wir wissen, dass eine Rückkehr zur unsinnigen Massenfliegerei zu Ramschpreisen mit einer nachhaltigen Klimapolitik nicht kompatibel ist. Ein Moratorium für Kapazitätserweiterungen des Flughafens ist das Mindeste, was jetzt von uns im Kanton Zürich erwartet wird. Anständige Bahnverbindungen zwischen Zürich und allen wichtigen europäischen Destinationen müssen den Kurz- und Mittelstrecken-Luftverkehr ersetzen.

Wir wissen, dass wir massiv in die Produktion erneuerbaren Stroms investieren müssen. Über unsere eigenen Energieunternehmen sind wir auch hier ganz besonders in der Pflicht, die Weichen richtig zu stellen. Wir wollen heute vorwärtsmachen. Wir haben uns für die heutige Klima-Debatte vorgenommen, möglichst viele CO<sub>2</sub>-Vorstösse zu überweisen. Wir wollen der Regierung so zeigen, was die Mehrheit unseres Rates in den nächsten Jahren von ihr und von der Verwaltung erwartet. Die heutige Traktandenliste ermöglicht uns, alle verbindlichen Klima-Vorstösse, Motionen und parlamentarischen Initiativen, die bisher eingereicht worden sind, zu behandeln und zu überweisen. Die Zeit für Postulate und Anfragen ist vorbei. Wir wollen heute Nägel mit Köpfen machen und nicht nur – einmal mehr – Berichte und Analysen verlangen. Wir müssen handeln.

Um die Dringlichkeit zu unterstreichen, haben wir zu allen Vorstössen zwar freie Debatte beschlossen, aber mit verkürzter Redezeit. AL, EVP, Grüne, GLP und SP haben zudem vereinbart, dass neben den Erstunterzeichnenden zu jedem Vorstoss nur noch ein Sprecher oder eine Sprecherin reden wird

Tun wir, was wir sollten? Die heute traktandierten Vorstösse decken ein breites Feld ab. Mit ihrer Überweisung geben wir den Startschuss zu einer neuen Zürcher Klimaschutz-Politik, die diesen Namen wirklich

verdient. Wir geben der Regierung den Auftrag, eine verbindliche Strategie zum Ausstieg aus den fossilen Energien festzulegen sowie den Richtplan und die gesamte Gesetzgebung auf Klimaverträglichkeit zu überprüfen. Mit der Förderung grosser Solaranlagen, mit wirksamen Sparmassnahmen im Heizbereich und Vorstössen zum raschen Ausbau der Infrastruktur für eine CO<sub>2</sub>-kompatible Mobilität werden mögliche konkrete Wege aufgezeigt, wie das gesetzte Ziel erreicht werden kann. Wir sind überzeugt: All dies sind wichtige Elemente einer Neuausrichtung. Letztlich wird Klimapolitik aber nur erfolgreich sein, wenn wir unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern können, wenn es gelingt, die Hauptursache der Treibhausgas-Problematik an der Wurzel zu packen: Eine Wirtschaft, die uns zwar grossen Wohlstand ermöglicht, aber letztlich sehr einseitig auf permanentem materiellem Wachstum und privatem Profit auf Kosten der zukünftigen Generationen beruht. Die Klimakrise und eine gescheite Antwort darauf werden uns erlauben, den Wachstumszwang zu überwinden und unser Leben nachhaltig auf die wahren und nicht nur die materiellen Bedürfnisse der Menschen in unserm Land auszurichten.

Tun wir genug? Ist das, was wir heute – hoffentlich – beschliessen, zielführend? Ist es ausreichend? Mit Sicherheit: Nein. Aber wir haben heute die Möglichkeit, die Weichen richtig zu stellen, nämlich so, dass unser Kanton aufbricht in Richtung CO<sub>2</sub>-Neutralität, in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit, in Richtung einer Gesellschaft und Wirtschaft, die auch kommenden Generationen noch eine lebenswerte Zukunft garantiert. Ich bin optimistisch, dass wir heute auf diesem Weg mehr als nur einen Schritt vorankommen.

Wir können, wenn wir wollen. Wir wissen, was wir müssen. Wir tun, was wir sollten. Wir packen es!

*Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen):* Der Klimawandel ist zweifellos eine unserer grössten Herausforderungen, die wir als Gesellschaft lösen müssen, und zwar nicht nur im Kanton Zürich, nicht nur in der Schweiz oder in Europa, sondern weltweit. Es ist deshalb richtig und wichtig, dass das Thema, welches angesichts der Corona-Krise etwas aus dem Blickfeld von Medien und Öffentlichkeit geraten ist, auf Konsratsebene wieder ein Fokus der parlamentarischen Arbeit wird. Andererseits konnten wir gerade in der Corona-Krise Erkenntnisse und Erfahrungen sammeln, die uns Hinweis sein können, was bei der Bewältigung des Klimawandels funktioniert und was eben nicht. Aus unserer Sicht gibt es hier drei wesentliche Erkenntnisse:

Erstens: Die Menschen sind bereit zu handeln, wenn sie die Notwendigkeit erkennen und wenn die getroffenen Massnahmen nachvollziehbar und wirksam sind. Zweitens: Eine Krise kann nicht monothematisch bewältigt werden. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen sind dringend zu berücksichtigen. Und drittens: Die Menschen wollen wir eben nicht auf den Kopf stellen. Das Bedürfnis nach Normalität und persönlicher Freiheit ist stark – bei manchen zu stark – ausgeprägt, und eine längerfristige Bevormundung wird nicht akzeptiert. Was heisst das nun in Bezug auf die Umwelt- und Klimapolitik? Über die Notwendigkeit brauchen wir uns nicht lange aufzuhalten, abgesehen von ein paar verwirrten Verschwörungstheoretikerinnen und -theoretikern gibt es niemanden, der ernsthaft daran zweifelt, dass sich das Klima verändert und Handlungsbedarf besteht, zumindest niemand, der mit offenen Augen durchs Leben und die Natur geht.

Die FDP-Fraktion steht deshalb klar hinter den Klimazielen des Pariser Abkommens und befürwortet deren explizite Verankerung im kantonalen Energiegesetz. Über die Ziele sind wir uns also weitgehend einig, nicht aber über den Weg. Und dieser ist aus unserer Sicht matchentscheidend, ob wir die Ziele am Ende des Tages erreichen werden. Und hier gilt es einfach, gewissen Tatsachen ins Auge zu sehen. Es ist das Privileg der Jugend, forsch und ungeduldig zu sein und Netto-Null bereits in zehn Jahren zu fordern. Aber lassen Sie sich von einer Hobbygärtnerin sagen: Das Gras wächst nicht schneller, wenn man dran zieht, im Gegenteil. Wir haben bei Corona gesehen, wie rasch es zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen kommen kann, wenn man drastische Eingriffe am System aus einem einzigen Blickwinkel – in diesem Fall dem Gesundheitsschutz – vornimmt. Wirksame Umwelt- und Klimapolitik kann deshalb nur zusammen mit einer breiten Bevölkerung und einer intakten Wirtschaft betrieben werden. Das heisst, wir brauchen keine ideologischen Systemsprenger, sondern wir brauchen Offenheit für neue Technologien und kluge Massnahmen, welche die verschiedenen Bedürfnisse von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigen. Wir müssen die Ziele nicht möglichst rasch, sondern möglichst nachhaltig erreichen, das heisst ohne die Wirtschaft an die Wand zu fahren und damit soziale Not auszulösen. Der Kanton Zürich kann und soll einen substanzuellen Beitrag zur Erreichung der Inland-Klimaziele leisten. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass wir als Wirtschaftsmotor der Schweiz ein Tor zur Welt sind und nicht das autarke gallische Dorf.

Für die FDP ist der zielführende Weg klar: Wir wollen Klimaschutz statt Klassenkampf. Dazu braucht es Ideen statt Verbote, Kostenwahrheit statt Subventionen im Giesskannenprinzip, ökologisch wirksame und ökonomisch tragbare Massnahmen statt ideologischer Symbolpolitik. Meine Kollegin Barbara Franzen wird Ihnen nun aufzeigen, wo die FDP-Fraktion inhaltliche Schwerpunkte setzt und welche Massnahmen für uns gar nicht infrage kommen.

*Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen):* Die umwelt- und klimapolitischen Herausforderungen sind real und dringlich, und das weiss die FDP. Ich freue mich, dass ich Ihnen jetzt einige unserer Schwerpunkte präsentieren darf:

Unsere Positionen spiegeln sich selbstverständlich in eigenen Vorstössen und der Unterstützung von Vorstössen anderer Parteien. Diesen gegenüber haben wir aber durchaus eine kritische Haltung, und wir unterstützen nicht jeden Vorstoss, nur weil «Klima» darauf steht, das ist nicht unsere Politik. Alle Ideen und Vorstösse unterliegen einer differenzierteren Auslegeordnung. Wir legen Wert auf Nachhaltigkeit in allen Dimensionen – Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft – und setzen darüber hinaus primär auf Selbstverantwortung und kluge Anreizsysteme. «Tauglichkeit» heisst das Schlagwort. «Tauglichkeit» heisst, schnell Nutzen bringen, keine Symbolpolitik sein, im Alltag einfach umzusetzen sein und wirtschaftlich tragbar sein. Ich frage Sie: Was nützt uns konkret und direkt die Ausrufung eines Klimanotstandes im Kanton Zürich, wenn wir bereits auf eidgenössischer Ebene Instrumente mit Biss haben? Wichtig ist es doch, dass wir nun die angestrebten Massnahmen zeitnah, ökologisch und ökonomiefreundlich umsetzen, und das tut der Regierungsrat. Und es ist eben auch immer eine Frage der Praktikabilität im Vollzug. Denn die Massnahmen umsetzen und tragen müssen wir alle. Das sind alles Binsenwahrheiten, die vor Corona schon Bestand hatten, und doch scheiden sich gerade hier die Geister, für die FDP gelten sie aber nach wie vor. Nur wenn Massnahmen von der Bevölkerung akzeptiert werden, sind sie nachhaltig und stabil über eine Legislaturperiode hinweg.

Die FDP steht hinter der «MuKEN-2014»-Vorlage (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*), die der Regierungsrat vorgelegt hat, und wir haben den Rahmenkredit nach Paragraf 16 Energiegesetz für energetische Sanierungen unterstützt. Beide stellen bereits einen wichtigen Meilenstein in Richtung CO<sub>2</sub>-Reduktion im Gebäudepark dar. Wir werden bei der MuKEN-Vorlage aber unsere Ansätze zur Technologieoffenheit, smarten Lösungen und Innovation einbringen. Grundsätzlich

lehen wir alle kantonalen Vorstösse, die ein reines Schattenboxen oder reine Symbolpolitik darstellen, ab. Dass das Einfordern des Klimanotstandes beispielsweise mit konkreten Massnahmen direkt zum Klimaschutz beitragen kann, das mag zum Narrativ anderer Parteien passen. Es passt nicht nur FDP. Auch wirkungslose Parallelitäten, die die Verwaltung und den Regierungsrat beschäftigen, lehnen wir ab, auch wenn wir gewisse übergeordnete Ziele durchaus teilen. Und ich referenziere hier auf den Vorstoss «Klimaschutz: Masterplan Dekarbonisierung» (KR-Nr. 228/2018). Dieser Vorstoss ist aus unserer Sicht schlicht nicht mehr nötig. Ein Blick in die Werkstatt der Regierung mit den laufenden Aktivitäten zeigt doch und bestätigt, dass die Ansätze und Vorhaben der Regierung vielfältig und umsichtig sind. Die FDP ist überzeugt, dass der Regierungsrat sie mit Nachdruck umsetzen wird. Und den Startschuss, lieber Markus Späth, liebe Klimaallianz, den hat die Regierung bereits schon lange abgefeuert. Verpassen Sie also nicht dieses Rennen.

Und auch das gehört zur Politik der FDP: Einen Vorstoss, den es nicht mehr braucht, den brauchen Sie auch nicht zu unterstützen. Das gilt auch, wenn es uns Kritik einbringt. Für einen solchen Vorstoss wollen wir keine Ressourcen in der Verwaltung verspielen. Als ein Beispiel der von uns angestrebten konstruktiven und konkreten Zusammenarbeit im Rat darf heute die EI Zürrer (*Vorlage 5402*), welche auf Massnahmen im Gebäudepark abzielt, gelten. Unter der Federführung der FDP ist die EI zu einem tragbaren Kompromiss herangewachsen. Der Kompromiss nimmt die wichtigen Aspekte von Verbraucherprinzip und Kostenwahrheit in Bezug auf die verbrauchsabhängige Wärmekostenabrechnung auf, verschärft, wo nötig, schafft Freiraum, wo gefordert. So ist beispielsweise in unserem Antrag auf eine Pflicht zur Abrechnung der Heizwärme verzichtet worden, weil dies auch technisch ausgesprochen schwierig wäre und die gewünschte Lenkung in einem ausgesprochen minimen Bereich gelegen hätte. So liegt nun eine liberale Lösung vor. Was nicht sinnvoll machbar und ohne grosse Wirkung ist für das Klima, das wird nicht ins Gesetz hineingeschrieben. Was aber dem Klima guttut und im Vollzug einfach und gut zu regeln ist, dahinter stehen wir. So stellen wir uns unsere Klimapolitik vor: konkret, pragmatisch im Vollzug und damit so schnell wie möglich wirkungsvoll für einen effektiven Klimaschutz.

Zwei Schwerpunkte unserer Arbeit möchte ich noch erwähnen: die Förderung der Biodiversität und die Förderung der CO<sub>2</sub>-armen Mobilität, beides Schwerpunkte unseres Schaffens. Um punktuell die Biodiversi-

tät in unserem Kanton zu fördern, haben wir konkret eine Binnenstrategie und eine Strategie für mehr Biodiversitätsflächen gefordert. Und in Bezug auf die Mobilität bewegen wir uns mit unserer strategisch angelegten Motion zur Förderung der Infrastruktur für CO<sub>2</sub>-arme Mobilität, wieder im Bereich der Technologiefreiheit. Insbesondere möchten wir auch die Frage der Finanzierung und Förderung neuer Technologien für die Mobilität aufbringen und lösen. In diesem Sinne betrachten wir etliche Vorstösse auf der heutigen Traktandenliste, welche rein die Elektromobilität fördern wollen, als allzu kleinteilig. Wir setzen auf strategisch angelegte Überlegungen, auf Innovation statt Verbote und Gebote. Besten Dank.

*Michael Zeugin (GLP, Winterthur):* Die Corona-Pandemie hat eine Zeitenwende eingeläutet. Ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht: Es ist das Ende der auf Raubbau beruhenden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Denn unabhängig von deren rechter oder linker ideologischer Ausprägung, seit Jahrzehnten wird die Natur ausgebeutet, zerstört und damit unsere Lebensgrundlage aufs Spiel gesetzt.

Die letzte Zeitenwende, die ich erlebt habe, war Ende der 80er-Jahre mit dem Fall der (*Berliner*) Mauer. Als junger Teenager bin ich damals vor dem Fernseher gesessen und habe mitgefiebert, ob die Panzer rollen oder nicht. Zu unser aller Glück haben die politischen Entscheidungsträger klug entschieden. Diese Zeitenwende hat kurz darauf der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama als «End of History» bezeichnet, das Ende der grossen ideologischen Kämpfe und Widersprüche. Heute wissen wir, dass die Geschichte damals nicht geendet hat. Auf der ganzen Welt haben die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger und Eliten ihr System auf Ausbeutung der Natur ausgerichtet. Rechte und linke Ideologien lagen näher beieinander, als es viele damals glaubten. Kapitalismus wie Kommunismus haben die Natur ausgebeutet, und genau das hat uns an den Punkt gebracht, wo wir sind.

In den vergangenen Monaten haben fast alle Länder gezeigt, dass effektive und auch einschneidende Massnahmen schnell eingeleitet und umgesetzt werden können; und das nicht nur in einzelnen Ländern, sondern global. Viele politische Entscheidungsträger haben erkannt: Die Pandemien, Umweltkatastrophen und die Klimaveränderung sind klare Botschaften, mit denen sich die Natur gegen den menschlichen Raubbau zur Wehr setzt. Nur wenn wir den Klimawandel so ernst nehmen wie Covid-19, haben wir eine Chance, dass auch die nächsten Generationen eine lebenswerte Grundlage und Umwelt zur Verfügung haben. Und genau an dieser Zeitenwende stehen wir heute.

Im Vergleich zur letzten Zeitenwende ist die Welt globaler und komplexer geworden. Die grossen Entscheide werden nicht mehr nur in den Regierungsgebäuden, sondern auch in den Konzernzentralen gefällt. Und ich fühle mich wie damals vor dem Fernseher: Wie geht die Geschichte weiter? Mein Blick richtet sich auf die Politik und die Konzernzentralen. Werden die Entscheidungsträger klug handeln? Haben sie die Zeichen der Zeit erkannt oder schicken sie wieder die Panzer? Und was für Panzer sind das? Es ist zum Beispiel der Dieselbetrug von VW (*Volkswagen*). Es sind die unsäglichen Renditen von Glyphosat-Firmen (*Pflanzenschutzmittel*), die seit Jahrzehnten für billige Profite die Natur flächendeckend zerstören. Es sind die Airlines, die alle Bemühungen blockieren, um die Kosten der Umweltschäden endlich in die Flugtickets rein zu bekommen. Es sind die grossen Schlachtbetriebe, die sich, abgesehen von der eigenen Erfolgsrechnung, für gar nichts verantwortlich fühlen.

Es ist Zeit. Es ist Zeit für globale Massnahmen. Es ist Zeit, dass wir endlich der Natur Rechnung tragen. Und es ist Zeit, dass wir im Kanton Zürich die Gesetze so anpassen, dass alle im Kanton Zürich umweltverträglich agieren. Es ist Zeit, dass sich eine nachhaltige Mobilität etabliert, dass die Wirtschaft und alle anderen zum Erhalt unserer Lebensgrundlage mehr beitragen als zu deren Ausbeutung.

Wonach können wir in dieser neuen Zeitenwende unser Handeln ausrichten? Ich meine, es ist ganz einfach: die Prüfung von Plausibilität und Logik. Wer mehr aus der Natur holt, als zur Verfügung steht, handelt nicht vernünftig. Wer fliegt, schadet der Umwelt. Fleisch muss teurer sein als Gemüse. Und egal, wo wir in der Gesellschaft stehen: Wer Entscheide fällt, trägt die Verantwortung dafür. Und wer nicht nur für sich, sondern auch für andere Entscheide fällt, trägt – wie wir hier im Rat – auch mehr Verantwortung. Am liebsten würde ich alle Entscheidungsträger in den Konzernen und in den Parlamenten für ihr Handeln und ihr Unterlassen verantwortlich machen. Doch da dies nicht möglich ist, müssen wir die Verantwortung im Kanton Zürich wahrnehmen und mühsam in den einzelnen Gesetzen klären, wie wir das heute regeln wollen.

Ja, wir wollen eine Dekarbonisierung. Ja, wir wollen weniger Pestizide auf den Feldern. Wir wollen, dass die Gesetze auf ihre Klimaverträglichkeit hin geprüft werden. Ja, wir sehen in E-Mobilität, der Sonnenenergie sowie weiteren Innovationen grosse Chancen für unsere Zukunft. Und ja, wir wollen die Zeitenwende hin zu einer nachhaltigen, umwelt- und klimaverträglichen Gesellschaft. Wir entscheiden hier in

diesem Saal für ganz viele Menschen im Kanton. Wir sollten nach bestem Wissen und Gewissen handeln. Wer in der heutigen Zeit den Klimawandel leugnet oder nur schon infrage stellt, sollte dafür künftig auch verantwortlich gemacht werden. Denn wie wir mit Corona sehen: Die Quittung für den Raubbau an der Natur kommt eher früh als spät. Und die Quittung ist unermesslich.

Wenn ich nach links und nach rechts schaue, sehe ich Menschen, die mit Protektionismus, Angst und Alleingängen auf diese globalen Herausforderungen reagieren wollen; das erinnert mich an die Zeit vor 100 Jahren. Isolation und Alleingänge sind jedoch denkbar schlechte Rezepte, um einem hochkomplexen, weltweiten Klimawandel entgegenzuwirken, über dessen Mechanismus wir jeden Tag aufs Neue mehr erfahren. Wir haben diese Zeitenwende erkannt und werden heute danach handeln.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Nach dem Sommer 2018, dem heissten Sommer, den wir in der Schweiz je gemessen hatten, ist die Klimakrise zum wichtigsten politischen Thema in diesem Land geworden. Die Klimabewegung hat enormen Druck auf die Politik gemacht, und es wurde in den beiden Wahlkämpfen 2019 sehr viel übers Klima debattiert und geredet. Doch was hat dieses Parlament, was hat diese Regierung seitdem für den Klimaschutz geleistet? Wenig bis gar nichts. Bereits im August 2018 haben wir Grüne ein Paket mit zwölf Klimavorstössen in diesem Rat eingereicht. Ein grosser Teil davon wird erst heute, sage und schreibe zwei Jahre später, in dieser Klima-Debatte behandelt. Es ist schon sehr bedenklich, dass Vorstösse zu einem derart wichtigen und zentralen Thema wie der Klimakrise in diesem Rat zwei Jahre lang auf der Traktandenliste herumliegen, bis sie zur Behandlung kommen. Und das gilt nicht nur für die grünen Klimavorstösse, sondern für die Vorstösse aller Fraktionen zum Klima. Mit diesem Tempo kommen wir nicht weiter. Wir müssen der kantonalen Klimapolitik einen entscheidenden Schub geben, und heute ist der Tag dazu. Die Botschaft der Grünen Fraktion zum heutigen Tag ist kurz und einfach: Es muss schneller gehen. Wir brauchen in der Klimapolitik eine markante Beschleunigung. Als bevölkerungsreichster und wirtschaftsstärkster Kanton muss Zürich die Vorreiterrolle in der Schweiz übernehmen. Sonst stehen die wichtigen Etappenziele 2030 und 2040 auf einmal vor der Tür und wir sind mit der Reduktion der Klimagase in der Schweiz noch nirgends.

Warum müssen wir im Kanton Zürich ein Interesse daran haben, dass es in der Klimapolitik schneller vorwärtsgeht? Ohne baldige Klima-Massnahmen ist bis Ende dieses Jahrhunderts mit einer weltweiten Temperaturerhöhung von 4 bis 5 Grad Celsius zu rechnen. Doch die Schweiz wird es stärker treffen. Professor Reto Knutti von der ETH Zürich rechnet damit, dass es ohne Klima-Massnahmen in der Schweiz 6 bis 7 Grad wärmer wird. Ja, Sie haben richtig gehört, 6 bis 7 Grad. Die meisten von uns werden das zwar nicht erleben, für unsere Enkel und Kinder ist ein solcher Temperaturanstieg aber eine akute Gefahr. In der Zeit vor 1990 wurden am Zürcher Bürkliplatz jährlich an 11 Tagen Temperaturen von über 30 Grad im Schatten gemessen. Für das Jahr 2070 prognostiziert das AWEL, dass es ohne Klimamassnahmen 45 Tage sein werden. Man muss sich schon ernsthaft fragen, wie man unter solchen Hitzebedingungen in unserem Kanton zum Beispiel noch Milchwirtschaft oder sinnvollen Ackerbau betreiben soll. Man muss sich ernsthaft fragen, ob unter solchen Temperaturen unsere Wälder noch gedeihen können und ob es so noch Leben in unseren Flüssen geben wird, oder ob nicht ein grosser Teil unserer einheimischen Tier- und Pflanzenarten unter solchen Temperaturen einfach ausstirbt. Und man muss sich ebenfalls sehr ernsthaft fragen, wie bei solchen Temperaturen das Leben in den Städten Zürich und Winterthur noch möglich sein wird, ob es noch angenehm sein wird in den urbanen Gebieten, die für solche Hitze nicht gebaut worden sind.

Es wurde immer wieder und zurecht gesagt, dass Klimamassnahmen sozialverträglich sein müssen, und es wurde gesagt, dass Klimamassnahmen wirtschaftsverträglich sein müssen. Das bestreitet auch niemand. Doch bevor wir die Wirtschaftsverträglichkeit und bevor wir die Sozialverträglichkeit in den Blick nehmen, müssen Klimaschutzmassnahmen zuallererst dem Klimaschutz dienen, sonst müssen wir sie gar nicht machen. Denn das Wirtschaftsschädlichste und das sozial Unverträglichste ist, wenn es nicht gelingt, das 1,5-Grad-Ziel von Paris einzuhalten. Stellen sich vor: Wer würde in 50 Jahren in den Zürcher Kreisen vier und fünf noch leben wollen, wenn es dort pro Jahr mehr als 50 Tropennächte gibt? Das sind dann nur noch die sozial Schwächsten, die sich nichts anderes leisten können. Und denken sie an unser Gewerbe: Es lassen sich bei weitem nicht alle Arbeiten in gekühlten Räumen verrichten. Es ist längst erwiesen, dass bei steigenden Temperaturen die Produktivität der Arbeitenden enorm abnimmt. Die wirtschaftlichen Schäden, die ein Temperaturanstieg von bis zu 6 oder 7 Grad in unserem Kanton anrichten würde, sind nicht von der Hand zu weisen. Wir müssen also gerade im Kanton Zürich ein sehr grosses Interesse daran

haben, dass die Durchschnittstemperaturen nicht steigen. Wir dürfen also nicht zögern und darauf warten, dass die anderen Kantone zuerst etwas machen, dass die anderen Länder zuerst etwas gegen den Klimawandel unternehmen, sondern als stark Betroffene müssen wir die Vorreiterrolle übernehmen und zeigen, dass jeder einen echten Beitrag leisten muss, damit das 1,5-Grad-Ziel von Paris eingehalten werden kann.

Das einzige Rezept, um dieses Ziel einzuhalten, ist für alle das gleiche: Es heisst Netto-Null. Null Klimagase in sämtlichen Bereichen unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft, und dies bis in zwanzig Jahren, Netto-Null bis spätestens 2040.

Regierungsrat Martin Neukom ist bis jetzt der einzige der sieben Regierungsräte, der uns in dieser Legislatur Massnahmen zur Reduktion der Klimagase vorgelegt hat. Er hat neue Anreize geschaffen, damit immer mehr Erdöl- und Erdgas-Heizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden. Er hat die MuKEEn-Vorlage erarbeitet, die im Gebäudebereich den kontinuierlichen Ausstieg aus den fossilen Energien auf gesetzlichem Weg vorbereitet. Wo, frage ich Sie, wo finden wir ähnliche klimapolitische Anstrengungen in den anderen Direktionen? Ist die CO<sub>2</sub>-Reduktion ein Thema bei der Polizei oder beim Strassenverkehrsam? Hat Klimapolitik eine besondere Bedeutung beim Amt für Verkehr bekommen?

Im Kanton Zürich, wie überhaupt in der Schweiz, nimmt der Treibstoffverbrauch bei den fossilbetriebenen Neuwagen zu. Es wäre definitiv an der Zeit, dass wir hier griffige Massnahmen einführen. Doch beim motorisierten Individualverkehr herrscht nach wie vor der bürgerliche Strukturkonservatismus. Dabei müssten Sie, geschätzte Bürgerliche, doch immerhin einsehen, dass Freiheit nur sehr wenig damit zu tun hat, wie viel PS man unter der Haube hat und ob der Motor erdöl- oder elektrobetrieben ist.

Unsere Freiheit – und davon bin ich überzeugt – bewahren wir uns am besten gerade dadurch, dass wir jetzt und heute endlich aktiv klimapolitisch zu handeln beginnen. Unsere Freiheit bewahren wir dann, wenn wir uns unabhängig von Erdöl und Erdgas machen. Wir bewahren unsere Freiheit, indem wir, statt zu zögern, die Zeit jetzt nutzen und selbst bestimmen, wie wir in diesem Kanton den Weg hin zum Netto-Null-Ziel gemeinsam einschlagen – jetzt und heute. Die Zeit drängt: Wir müssen die Klimapolitik im Kanton Zürich vorwärtsbringen. Ich danke Ihnen.

*Yvonne Bürgin (CVP, Rüti):* Vor einer Woche habe ich ausnahmsweise wieder einmal die «Weltwoche» (*Schweizer Wochenzeitschrift*) durchgeblättert und zu meiner Überraschung einen treffenden und lesenswerten Artikel zum Thema «Umwelt und Klimaschutz» gelesen. Der Text stammte von Reto Knutti, Klimatologe und Professor für Klimaphysik und Delegierter für Nachhaltigkeit an der ETH Zürich. Eine Doppelseite in der Weltwoche mit sachlicher Klimapolitik ist doch sehr vielversprechend. Und es scheint, dass wir uns endlich alle einig sind, dass wir etwas tun müssen. Die Frage ist nur, was, wie viel und wie schnell, denn Expresslieferungen sind teurer, wie Sie wissen.

Gerne zitiere ich, wie bereits mein grüner Vorredner, die beiden Schlussätze aus dem «Weltwoche»-Bericht von Herrn Professor Knutti als Einstieg für mein Eintretensvotum: «Die entscheidende Frage ist nicht, ob wir uns Klimaschutz leisten können oder wollen, sondern mit welcher Strategie wir am Schluss finanziell und gesellschaftlich am besten dastehen werden. Clever handeln ist nicht nur eine Frage der Ethik, sondern auch der ökonomischen Vernunft.» Diese beiden Sätze bringen die CVP-Klimapolitik auf den Punkt. Dass Handlungsbedarf besteht ist absolut unbestritten. Unsere Gesellschaft wird immer auf Energie als wichtige Ressource angewiesen sein. Daher brauchen wir eine sichere, umweltschonende und wirtschaftliche Energieversorgung.

Es ist eine zentrale Aufgabe, mit zukunftsgerichteten Technologien den Klimaschutz voranzutreiben. Wir sind ein kleines Land, aber ein innovatives. Es ist richtig, wenn wir unser Möglichstes tun, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Aber wir müssen auch realistisch bleiben und uns eingestehen: Es liegt nicht allein an der kleinen Schweiz, das Klima zu retten. Mit Extremforderungen oder mit ideologischen Scheuklappen – und hier appelliere ich an die «Klimaallianz» – kommen wir nicht vorwärts, sondern wir bleiben stehen. Wir brauchen griffige und umsetzbare Massnahmen und dafür brauchen wir klare, aber auch schärfere Rahmenbedingungen. Mit dem nun endlich vorliegenden Energiegesetz haben wir die Chance, die inländische Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis spätestens 2050 auf netto null zu erreichen.

Zur Deckung des Wärmebedarfs in unseren Wohnbauten wird immer noch circa 40 Prozent der gesamthaft benötigten Energie verwendet. Im Gebäudebereich sieht die CVP also noch viel Potenzial vorhanden. Aber wir dürfen auf keinen Fall überborden mit unrealistischen Vorgaben an die Hauseigentümer. Sie sind nämlich durchaus gewillt, energetische Sanierungen vorzunehmen, aber im richtigen Mass eben.

Gebäudesanierungen sind durchaus auch eine Chance für unsere Bauhandwerker. Ohne ihr Fachwissen und ihre Erfahrung lassen sich Gebäude nicht energieeffizient sanieren und mit erneuerbaren Energien ausstatten. Genauso sind die Architekten gefordert: Glaspäle sind out, die Zukunft liegt in begrünten Fassaden, welche der Hitzebelastung vor allem in Zentrumsgebieten entgegenwirken können. Aber auch Micro Living (*Wohnen auf kleiner Fläche*) sehen wir als Trend der Zukunft, den es zu verfolgen gilt.

Dies sind nur einige Beispiele der vielen Möglichkeiten, die es gibt, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Das Potenzial für die Dekarbonisierung ist vorhanden, aber es ist zwingend, dass wir alle Technologien nutzen, bei den erneuerbaren Energien sowie bei der Steigerung der Effizienz. Dort liegt das Potenzial zur Senkung des Stromverbrauchs etwa bei einem Drittel, wobei der Verbrauch natürlich durch die Forcierung von E-Mobility zusätzlich wieder ansteigt. Und eine grosse Herausforderung wird sicher unser Ausstieg aus der Kernkraft sein.

Maximale Versorgungssicherheit aus einheimischer Produktion ist unser Credo. Dazu müssen wir, neben Wasserkraft und Photovoltaik, eben auch Windenergie, Biogas, Geothermie bis hin zu synthetischem Treibstoff alle zur Verfügung stehenden erneuerbaren Energien fördern. Im Bereich Biogas und Windenergie nehme ich wenig bis gar kein Engagement von den grünen Parteien wahr. Mit Innovation, wie zum Beispiel vertikaler Windenergie, liessen sich sogar die Vögel und die Fledermäuse schützen.

Ebenso sehen wir in der konsequenten Nutzung von Sektorkopplung grosse Entwicklungsmöglichkeiten. Es geht darum, die Energienetze intelligent miteinander zu verbinden und Synergien zwischen den verschiedenen Technologien zu nutzen. Für ein innovatives Land wie die Schweiz ergeben sich durchaus Chancen für die Wirtschaft: Wir müssen im Energie- und im Effizienzbereich neue und klimaschonende Technologien forcieren.

Die CVP-Fraktion ist sich ihrer grossen Verantwortung für unsere nachfolgenden Generationen bewusst und wird Hand bieten, an der heutigen Klimadebatte und anschliessend in der Beratung des Energiegesetzes, die kantonale Energie- und Klimapolitik voranzutreiben. Aber Qualität vor Quantität. Nicht wie von Vorredner Markus Späth gefordert, möglichst viele Vorstösse überweisen, sondern die richtigen.

Wir fordern eine Umweltpolitik mit realistischen Zielen. Dazu braucht es konstruktive Diskussionen und Konsens, und zwar auf beiden Seiten.

Wir werden Vorstösse unterstützen, welche tatsächlich der Sache dienen und zu einer umweltschonenden und wirtschaftlichen Energieversorgung beitragen. Reisserische Forderungen, welche nur der Profilierung dienen, aber höchstens zu neuen, nicht umsetzbaren Gesetzen führen oder immense Kosten mit wenig Nutzen verursachen, lehnen wir ab. Einfach alles an den Vater Staat delegieren, das funktioniert nicht.

Ja, die Corona-Krise hat gezeigt: Die Schweiz ist zu vielem fähig. Aber irgendjemand muss jeweils die Rechnung bezahlen. Ich hoffe, es gelingt der CVP, zusammen mit der EVP, als Vermittlerin zwischen den Polen parteiübergreifende und umsetzbare Lösungen zu finden. Und es wäre schön, wenn wir heute nur denjenigen Vorstössen zu einer Mehrheit verhelfen, welche auch tatsächlich wirkungsvoll sind, zum Wohle der gesamten Zürcher Bevölkerung von heute und von morgen. Besten Dank.

*Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.):* Wie es auf unserem Planeten bei einer neuen Eiszeit aussehen könnte, wissen wir dank der Zeichentrickfilme von «Ice Age», in denen Scrat, Manni, Sid, Diego – und wie sie alle heißen – lustige Abenteuer erleben. Doch bezeichnenderweise kenne ich keine lustigen Filme, die eine Welt vorwegnehmen, wie sie bei einer weiteren Erwärmung aussehen könnte. Offenbar ahnen wir bereits, dass es dann wenig zu lachen gäbe. Zu lachen gibt es tatsächlich nichts mehr, wenn wir so weitermachen wie bisher. Daher gehen Menschen jeglichen Alters und rund um die Erde auf die Strasse, um ihrer Sorge Ausdruck zu verleihen, aber auch um Politikerinnen und Politiker aufzurütteln, die ihre Verantwortung nicht wahrnehmen; ihre Verantwortung, für zielgerichtete, umsetzbare und mehrheitsfähige Lösungen einzustehen.

Um diese Verantwortung geht es auch bei der heutigen Klimadebatte. Denn es steht die Grundsatzfrage «Gesinnungspolitik oder Verantwortungspolitik?» im Raum. Oder anders gefragt: Ist eine Massnahme nur schon deshalb gut oder schlecht, weil «Klimaschutz» draufsteht? Verhindert ein Glaubenssatz die Durchführung einer guten Massnahme? Vernebelt eine Ideologie den Blick auf das Wesentliche? Verantwortungspolitik heisst, sich von einer verklärten Gesinnungsethik zu lösen, um schnell griffige und wirkungsvolle Massnahmen zum Klimaschutz verabschieden zu können. Klingt einleuchtend, ist aber nur möglich, wenn uns der Dialog über die Parteigrenzen hinweg gelingt.

Wir müssen starrköpfig-bürgerliche Abwehrreflexe ebenso ernst nehmen wie rosafarbene, linksidealistiche Zukunftsträumereien. Denn

Gesprächsverweigerung bedeutet Stillstand, und das ausgerechnet bei einem Thema, dessen Behandlung absolut keine Verzögerung mehr toleriert.

«Der neue Mensch steht weder rechts noch links – er geht.» Besser, als dies dem Schweizer Schriftsteller Herbert Meier gelang, kann das Gebot der Stunde wohl nicht formuliert werden. Denn die ganz grossen Probleme liessen sich noch nie mit Schnellschüssen lösen, die Heckenschützen an den Rändern der Gesellschaft abfeuern, oder vom schlechtesten aller Ratgeber, der Angst. Beim Klimaschutz ist es jene Angst davor, gegen eine weitgehend unsichtbare Bedrohung nichts in der Hand zu haben.

Zu behaupten, die politische Mitte habe den Stein der Weisen und daher die besten Lösungen gefunden, wäre mehr als vermassen. Aber ohne zu erröten, nehmen wir für uns in Anspruch, auf der ganze Strassenbreite unterwegs zu sein. Und was das konkret bedeutet, möchte ich im Folgenden mit zwei Statements veranschaulichen:

Erstens: Klimapolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Unser Ja zu mutigen Massnahmen gibt all jenen innovativen Firmen Planungssicherheit, die in neue Technologien investieren und damit zur Reduktion von Emissionen jeglicher Art beitragen, also zum Beispiel: Heizen ohne fossile Brennstoffe, Förderung der Elektromobilität, Entwicklung von synthetischem Kerosin, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Konkrete Klimapolitik schafft Arbeit für das lokale und regionale Gewerbe, wie dies zum Beispiel beim Gebäudeprogramm geschieht. Eine Wirtschaft hingegen, die in grossen Teilen auf Öl basiert, ist rückwärtsgewandt, macht abhängig und lässt Milliarden in Ölstaaten fliessen. Dabei machte doch gerade die Corona-Krise deutlich, wie hoch die Bedeutung einer starken inländischen Wertschöpfung ist.

Und zweitens: Klimapolitik muss sozialverträglich sein. Entscheidungen zu treffen, die nur der Umwelt, aber den Menschen nicht guttun, macht einfach keinen Sinn. Es ist und macht krank, im Eiltempo und unter Drohgebärdern ganze Branchen mit Verboten zu überziehen; Verbote, die Tausende in die Arbeitslosigkeit treiben, bevor neue Beschäftigungsfelder aufgebaut und neue Technologien bezahlbar sind. Der Preis für diesen Unsinn ist bekannt und lautet: Mit immensen Staatsmitteln Sozialleistungen finanzieren. Ein Systemwandel muss genau das Tempo anschlagen, das die Bevölkerung mitgehen kann und will. Placebo-Pillen machen das kranke Klima nicht gesund, und für das Verständnis einer wirkungsvollen Klimaschutzpolitik sind sie sogar Gift. Als EVP wollen wir im Klimaschutz vorwärtsgehen. Wir sind daher offen für alles, was bei der Heilung unserer Umwelt und der betroffenen

Menschen hilft. Doch wir werden uns weiterhin standhaft weigern, hübsch verpackte Pseudo-Medikamente zu verkaufen – auch nicht, um dafür Applaus von der falschen Seite zu bekommen. Sich lautstark über Zustände und Meinungen zu empören, weckt zwar Aufmerksamkeit, hilft aber ebenso wenig wie ein Heftpflaster auf einem offenen Beinbruch.

Wer auf medial verwertbare Schnellschuss-Lösungen verzichtet, muss damit leben können, als bieder und langweilig zu gelten. Als EVP nehmen wir dies in Kauf, weil wir auch bei den Klimaschutzmassnahmen an einer Gesamtbetrachtung festhalten wollen. Wenn die mühsame Prüfung ökologischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Nachhaltigkeit als spiessig angesehen wird, dann sind wir eben spiessig. Aber dauernd seine Lieblingsfeinde an den Pranger zu stellen oder ideologische Phrasen zu dreschen, ist noch spiessiger.

«Die Schöpfung zu bewahren» mag antiquiert klingen, aber im Kern geht es genau darum. Es geht um unseren engagierten Einsatz für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Um die Erderwärmung zu stoppen, sind jetzt ein kühler Kopf und Mut gefragt, aber sicher kein hysterischer Aktionismus, keine Pflästerlipolitik und keine falschen Anreize. Um breit abgestützte Massnahmen zu finden, müssen wir unterwegs sein und die ganze Strassenbreite nutzen.

Die EVP sieht sich auch beim Klimaschutz in der Rolle der Vermittlerin und Wegbereiterin umsetzbarer, parteiübergreifender Lösungen. Wir freuen uns auf die Debatte mit Ihnen.

*Melanie Berner (AL, Zürich):* Zur Kantonsratssitzung vom 2. März 2020 hat das Kollektiv «Klimastreik Zürich» vor dem Rathaus auf sich und seine Anliegen aufmerksam gemacht. Das Schreiben mit dem Titel «Handeln statt hoffen» wurde im Rathaus verlesen und kurze Zeit später haben wir es alle in schriftlicher Form erhalten. Viele von Ihnen waren empört über die Tonalität des Schreibens und der Drohung, zu friedlichen, aber drastischen Methoden zu greifen, sollten die Forderungen des Klimastreiks nicht erfüllt werden. Die Empörung war gross. Aber Sie erinnern sich: Bereits 2013 wurde festgelegt, dass die Erderwärmung nicht mehr als 2 Grad Celsius betragen darf, um die Bewohnbarkeit der Welt, wie wir sie heute kennen, zu gewährleisten. Dieses Ziel ist bereits überholt. Gemäss dem Sonderbericht des Weltklimarates von 2018 liegt das neue Ziel bei 1,5 Grad Celsius. Um dies zu erreichen, muss die Schweiz bis 2050 klimaneutral sein. Der CO<sub>2</sub>-Fussabdruck pro Kopf liegt in der Schweiz allerdings bei etwa 14 Tonnen pro Jahr. Von 14 auf null in 30 Jahren, das ist eine kolossale Aufgabe.

Angesichts des bisher angeschlagenen Tempos verstehe ich die Rage und die Verzweiflung des Kollektivs «Klimastreik». Es geht um nichts weniger als um die Abwendung einer globalen Katastrophe, um das heutige und künftige gute Leben auf der Erde. Die Alternative Liste Zürich ist dem Klimastreik und der Klimajugend darum sehr verbunden, dass sie das Thema auf die Agenda gebracht haben, dass sie nicht lockerlassen und nachhaltig darauf aufmerksam machen, dass wir einen grundlegenden Wandel brauchen. Dieser grundlegende Wandel aber wird uns nicht geschenkt werden, wir müssen ihn ermöglichen. Über Parteidgrenzen hinweg müssen wir uns zusammenraufen und gemeinsam auf unangenehme und bei unseren Wählenden unpopuläre Entscheidungen treffen. Wir erlassen die Regeln, wir stehen in der Verantwortung. Es braucht mehr als die «in-der-Schweiz-ist-alles-gut»-Haltung der SVP oder die Innovationsträumereien der Bürgerlichen. Ja, die Schweizer Wirtschaft bemüht sich, und ohne Innovation wird es ganz sicher nicht gehen. Aber – und so ehrlich müssen wir sein – es wird eben auch nicht ohne Einschränkungen und ohne Verzicht gehen, insbesondere für die Vielverbraucherinnen und die Verschwender. Unbeschränkte Mobilität und unbeschränkter Konsum sind mit den Klimazielen nicht vereinbar. Es ist unsere Aufgabe, im Rahmen unserer Möglichkeiten Voraussetzungen zu schaffen und Regeln zu erlassen, die einen Umweltschutz ermöglichen, der umfassend und der vor allem solidarisch ist. Das ist eine der grössten Herausforderungen in diesem bürgerlich geprägten Umfeld.

Ein Umweltschutz nur für die, die es sich leisten können, ist keine Option. Die Alternative Liste wird dies nicht unterstützen. In den Augen der Alternativen Liste hat eine glaubwürdige Umweltpolitik das gute Leben für alle zum Ziel. Sie orientiert sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der nachhaltigen Entwicklung. Die drei Bereiche «Umwelt», «Gesellschaft» und «Wirtschaft» sind untrennbar miteinander verbunden. Sinnvollerweise, so auch auf der Webseite des Kantons Zürich, wird auch auf die notwendige Solidarität in Raum und Zeit verwiesen. Über diese Solidarität möchte ich nun sprechen. Denn Solidarität ist das zentrale Element, Solidarität mit den Mitmenschen hier, mit den Mitmenschen anderswo und mit den Mitmenschen der Zukunft. Diese Solidarität muss sich durch die gesamte Politik ziehen, wenn wir ernsthaft Umwelt- und Klimapolitik machen wollen. Die Solidarität mit den Mitmenschen hier ist unerlässlich, um alle an Bord zu haben für die massiven Veränderungen, die es braucht. Wozu eine geplante Benzinsteuer, eine CO<sub>2</sub>-Abgabe führen kann, wenn die Leute in bescheidenen

Verhältnissen leben, haben wir in Frankreich gesehen. Solche Verhältnisse gibt es eben auch in der Schweiz. Die langen Schlangen vor den Essensausgabestellen haben das vor kurzem sehr eindrücklich aufgezeigt. Die Lösung liegt nun aber ganz sicher nicht darin, alle CO<sub>2</sub>-Abgaben abzulehnen. Nein, wir müssen diese als Lenkungsabgaben so gestalten, dass von den Vielverbrauchenden und Verschwendern zu allen anderen umverteilt wird. Zusätzlich müssen wir aber auch eine solidarische Politik für die unteren Einkommen machen. Denn nur, wer mitgetragen ist, ist auch offen für Veränderungen. Die bürgerliche Steuerpolitik dieses Landes verteilt nachweislich von unten nach oben um und vermehrt die Vermögen der Wenigen an der Spitze. Eine solche Steuerpolitik steht in direktem Konflikt zu einer in der gesellschaftlichen Breite tragfähigen und glaubwürdigen Umwelt- und Klimapolitik. Die Steuerpolitik ist nur ein Beispiel unter vielen. Auch ein starker Service public, eine Wohnbaupolitik für tiefere Mieten und eine AHV-Rente über dem Existenzminimum kommen insbesondere den Schwächsten zugute. All dies wird nötig sein, damit eben zum Beispiel CO<sub>2</sub>-Abgaben mitgetragen werden oder damit sich alle nachhaltig produzierte Schweizer Lebensmittel leisten können.

Die Steuerpolitik bringt mich auch gleich zum nächsten Punkt: Seit Jahren entzieht die Schweiz mit ihrer Tiefsteuerpolitik anderen Ländern Milliarden an Steuersubstrat. Dieses Geld fehlt dann zum Beispiel für den ökologischen Umbau ebendieser Gesellschaften. Von unserem 14-Tonnen-CO<sub>2</sub>-Fussabdruck entsteht mehr als die Hälfte im Ausland. Wenn wir also auf null kommen wollen, dann sind wir für den ökologischen Umbau im Ausland mitverantwortlich. Ich sage es darum noch einmal: Die bürgerliche Steuerpolitik dieses Landes steht in direktem Konflikt zu einer glaubwürdigen Umwelt- und Klimapolitik.

Damit zum nächsten Punkt, der Solidarität mit den Mitmenschen der Zukunft: Wenn Sie einen SUV (*Geländelimousine*) fahren, jeden Tag Fleisch essen oder jährlich in die Ferien fliegen, gefährden Sie das gute zukünftige Leben Ihrer Kinder, Ihrer Nichten, Ihrer Enkel und all deren Kinder. Das sollte uns allen Anreiz genug sein, eine Politik zu machen, welche solchen Unsinn verunmöglicht. Wenn Ihnen das, geschätzte Anwesende, welche den Begriff der Freiheit gerne mögen und sich als liberal bezeichnen, zu extrem klingt, erinnere ich Sie gerne an die Theorien zweier liberaler Philosophen: John Rawls (*US-amerikanischer Philosoph*) «Schleier des Nichtwissens», unter welcher Menschen über die zukünftige Gesellschaftsordnung entscheiden, ohne selbst zu wissen, an welcher Stelle der Ordnung sie sich später einmal befinden werden, ist

nichts anderes als Solidarität mit den Mitmenschen hier, mit den Mitmenschen anderswo und mit den Mitmenschen der Zukunft. Und Immanuel Kants (*deutscher Philosoph*) Prinzip, dass die Freiheit des einen dort aufhört, wo die des anderen beginnt, verpflichtet uns alle zu Einschränkungen und Verzicht.

Für die Alternative Liste ist es sehr klar: Angesichts der kolossalen Aufgabe, die wir vor uns haben, werden grosse Veränderungen unumgänglich sein. Damit diese von allen mitgetragen werden und für alle tragbar sind, braucht es ein konsequent solidarisches Denken über verschiedene Politikfelder hinweg. Es braucht Solidarität mit den Mitmenschen hier, mit den Mitmenschen anderswo und mit den Mitmenschen der Zukunft. Angesichts dieser Notwendigkeiten und der aktuellen Politik komme ich zum gleichen Schluss wie die Klimaaktivistinnen und -aktivisten: Wir brauchen System-Change und nicht Climate-Change. Danke.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Das Wort hat noch Regierungspräsidentin Silvia Steiner, die ich herzlich bei uns begrüsse. Ebenfalls begrüßen möchte ich Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh und Baudirektor Martin Neukom.

*Regierungspräsidentin Silvia Steiner:* Ich freue mich, Sie heute zur grossen Klimadebatte begrüßen zu können. Dass wir uns heute mit dem Klima beschäftigen, ist auch ein Zeichen dafür, dass sich die Situation rund um Corona etwas beruhigt hat. Das Virus ist immer noch da und wird uns auch noch eine Weile beschäftigen und unsere Aufmerksamkeit erfordern. Das entbindet uns aber nicht davon, andere wichtige Themen anzupacken und voranzutreiben. Die heutige Debatte zum Klima ist ein gutes Beispiel dafür.

Ein Blick auf die heutige Traktandenliste zeigt auf eindrückliche Weise, wie viele Bereiche unserer Gesellschaft einen Bezug zum Klimawandel haben. Es geht um Raumplanung über Solaranlagen, von der Bildung über Gewächshäuser zu Wohnformen und Moorschutz. Einige Vorschläge, die heute behandelt werden, wollen zum Klimaschutz beitragen, zur CO<sub>2</sub>-Verringerung oder zur Verminderung der Treibhausgas-Emissionen. Bei anderen stehen Anpassungen im Zentrum, die den Klimawandel betreffen.

Klimawandel ist seit längerem ein Thema, mit dem sich die Zürcher Regierung befasst. Und dass ich heute diese Debatte eröffne, soll auch Zeichen dafür sein, dass das Klima in der Regierung ein wichtiges Thema ist, mit dem wir uns intensiv beschäftigen, und zwar nicht erst

in dieser Legislatur, auch im Rahmen von Klausuren, die wir abgehalten haben. In der Klimapolitik ist in erster Linie der Bund Taktgeber, er gibt den Spielraum vor. Diesen Spielraum hat der Kanton Zürich aber immer genutzt, um eigene Akzente und eigene Schwerpunkte zu setzen. In der Klimapolitik ist der Zug ja bereits seit längerem am Rollen, in den letzten ein, zwei Jahren hat er aber an Fahrt aufgenommen, auch im Kanton Zürich. Der Regierungsrat hat die Herausforderung angenommen. Als Kanton Zürich haben wir es in der Hand, die Chance zu packen, um aktiv gegen den Klimawandel vorzugehen. Wir haben es auch in der Hand, eine Politik zu betreiben, die zukunftsgerichtet ist. Der Regierungsrat hat die zentrale Herausforderung des Klimawandels und die Notwendigkeit vom raschen Fortschritt beim globalen Klimaschutz angenommen. Die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen deutlich: Der Klimawandel ist verursacht durch den Ausstoss von Treibhausgasen durch menschliche Aktivitäten. Die globalen Lebensbedingungen werden durch den Klimawandel deutlich verschlechtert, Stichworte sind Wasserknappheit und Dürren, Meeresspiegelanstieg, Starkniederschläge und Überschwemmungen. Es besteht die Gefahr, dass künftig nicht kontrollierbare Kettenreaktionen eintreten, welche den Klimawandel zusätzlich verstärken, wie zum Beispiel das Auftauen grossflächiger Permafrostgebiete. Es ist daher angezeigt, so rasch wie möglich und so weit wie möglich weltweit aus den fossilen Energien auszusteigen, um den Klimawandel zu begrenzen.

Der Regierungsrat anerkennt die Verantwortung des Kantons Zürich, seinen Beitrag zur Verminderung des Treibhausgas-Ausstosses zu leisten. Er hat sich deshalb die entsprechenden Ziele gesetzt. Ein neues langfristiges Ziel in der Regierungspolitik 2019 bis 2023 heisst, ich zitiere: «Der Ausstoss der Treibhausgase ist im Rahmen des Pariser Abkommens so weit gesenkt, dass ein Beitrag zur notwendigen Begrenzung des globalen Klimawandels geleistet wird.» In den Legislaturzielen 2019 bis 2023 wurde zusätzlich ein neues Legislaturziel angefügt, eine langfristige Klimastrategie und ein Vorgehen zur Dekarbonisierung definiert.

Wie in der Antwort zu den Postulaten zum Klimanotstand dargelegt, strebt der Regierungsrat an, die Treibhausgas-Emissionen möglichst rasch, aber spätestens bis 2050 auf netto null zu senken. Das heisst, dass im Jahr 2050 nur so viel Treibhausgase ausgestossen werden, wie durch natürliche oder technische Senken auch wieder aus der Atmosphäre entnommen und sicher gelagert werden können. Das Ziel «netto null Emissionen bis 2050» strebt auch der Bundesrat an. Es ist nötig, um die Kli-

maziele des Übereinkommens von Paris zu erreichen. Der Regierungsrat setzt im Bereich seiner Zuständigkeiten bereits vielfältige Massnahmen um, die dazu beitragen, den Treibhausgas-Ausstoss zu verringern und sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Bereits 2018 hat er zwei Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und zur Anpassung an den Klimawandel veröffentlicht. Diese geben einen Überblick über die damals bereits laufenden Aktivitäten des Kantons und enthalten je rund 30 weitere Massnahmen. Im Frühling 2020 hat der Regierungsrat zudem ergänzende Massnahmen beschlossen, ich nenne einige Beispiele: Im Mai 2020 hat der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Gesetzesrevision vorgelegt, die für mehr Klimaschutz bei Gebäuden sorgen soll. Die vielen Öl- und Gasheizungen in bestehenden Häusern sollen nach und nach durch klimaneutrale Wärmeerzeuger, wie Wärmepumpen, ersetzt werden. Das Förderprogramm wurde aufgestockt und unterstützt nun auch den Ersatz von Öl- und Gasheizungen durch klimaneutrale Wärmepumpen. Im aktuellen Gesamtverkehrskonzept 2018 legt der Regierungsrat gleich mehrere Handlungsschwerpunkte fest, wie die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrs im Kanton Zürich verringert werden könnten. Auch der Massnahmenplan Treibhausgase und die sich in Erarbeitung befindliche langfristige Klimastrategie leisten einen entsprechenden Beitrag.

Zwei Punkte sind uns besonders wichtig: Erstens braucht es entsprechende Angebote, Rahmenbedingungen und Anreize, damit die Menschen auf klimafreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Der weitere Ausbau des ÖV in dichtbesiedelten Gebieten spielt dabei eine Hauptrolle, aber auch leistungsfähige Infrastrukturen für das Auto und für den Fuss- und Veloverkehr, denn auch Velofahrerinnen und Velofahrer brauchen Strassen. Zweitens braucht es auch neue Technologien sowohl im öffentlichen und privaten Verkehr als auch beim Gütertransport. Wir müssen vermehrt verkehrsträgerübergreifend denken und Innovationen nützen. Der Staat soll attraktive Rahmenbedingungen schaffen und dafür sorgen, dass innovative Akteure und Akteurinnen zusammenfinden. Der Innovationspark in Dübendorf ist dafür eine Chance für Zürich. Dort wird bereits an den Themen Mobilität und Robotik geforscht, auf diesem Weg müssen wir konsequent weitergehen.

Stichwort «Abfall- und Ressourcenwirtschaft»: Im Rahmen der Umsetzung des Massnahmenplans Abfall- und Ressourcenwirtschaft sollen Kreisläufe möglichst geschlossen, Abfälle und Foodwaste vermieden und Abfallbehandlungsanlagen optimiert werden. Stichwort «Bildung»: Auf allen Bildungsstufen, von der Volksschule bis zu den Hoch-

schulen, sind Klimathemen Teil des Unterrichts. Stichwort «Raumplanung»: Mit verschiedenen Anpassungsmassnahmen vermindert der Regierungsrat die Folgen des Klimawandels. Der Kanton hat zum Beispiel mit Klimakarten aufgezeigt, wo im Kanton die Hitzebelastung besonders gross ist und wie sich dies in Zukunft entwickelt. Dieses Wissen wird künftig in der Raumplanung und in der Stadtentwicklung berücksichtigt, um die Belastung für die Bevölkerung möglichst gering zu halten. Die kantonale Verwaltung setzt auch bei sich selbst an. Die Anforderungen bei Beschaffung und Betrieb kantonaler Fahrzeuge werden verschärft. Fossile Heizungen von kantonalen Gebäuden werden ersetzt. Und auch in den kantonalen Verpflegungsbetrieben sollen die Treibhausgas-Emissionen reduziert werden. Sie sehen, die Bandbreite der Aktivitäten ist mindestens so gross wie die Traktandenliste der heutigen Kantonsratssitzungen.

Erlauben Sie mir zum Abschluss noch einen Blick in die Zukunft: Der Regierungsrat lässt zurzeit die langfristige Klimastrategie unter der Federführung der Baudirektion erarbeiten. Die Klimastrategie wird voraussichtlich bereits Ende Jahr vorliegen. Der Regierungsrat wird in der Klimastrategie aufzeigen, mit welchen Massnahmen Treibhausgas-Emissionen bis 2050 auf netto null gesenkt werden sollen. Der Weg zum Ziel ist anspruchsvoll, eröffnet dem Kanton Zürich aber auch grosse Chancen, beispielsweise für den Wirtschaftsstandort Zürich, dank der Forschung und den Innovationen an den Hochschulen und in der lebendigen Start-ups-Szene im Raum Zürich. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen heute eine gute Debatte.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Wir haben somit die Grundsatzdebatte abgeschlossen.

**2. Wahl Mitglied Steuerrechtsgericht für Micheline Roth**  
für Micheline Roth  
Antrag der Interfraktionellen Konferenz  
KR-Nr. 188/2020

*Ratspräsident Roman Schmid:* Diese Wahl wird gemäss Paragraf 125 des Kantonsratsgesetzes im geheimen Verfahren durchgeführt.

*Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):* Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

*Tanja Petrik-Haltiner, SP, Winterthur.*

*Ratspräsident Roman Schmid:* Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Die Tür ist zu schliessen. Für die Präsenzermittlung bitte ich Sie, sich von den Sitzen zu erheben. Ich mache darauf aufmerksam, dass im Saal ein Foto- und Filmverbot herrscht.

Wir gehen folgendermassen vor: Die Stimmenzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Ich bitte Sie, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen geben kann, dass alle Stimmzettel wieder eingesammelt sind.

Es sind 139 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmenzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln. Die Auszählung findet im Saal statt. Die Tür kann wieder geöffnet werden.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder .....	139
Eingegangene Wahlzettel .....	139
Davon leer .....	12
Davon ungültig .....	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl .....	127
Absolutes Mehr .....	64
Gewählt ist Tanja Petrik-Haltiner mit.....	122 Stimmen
Vereinzelte .....	<u>5 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von.....	127 Stimmen

Ich gratuliere Tanja Petrik-Haltiner zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünsche ihr Erfolg und Befriedigung in ihrem Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

### **3. Raumplanerische Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel**

Motion Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Martin Neukom (Grüne, Winterthur), Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) vom 26. September 2018  
KR-Nr. 187/2018, RRB-Nr. 919/26. September 2018 (Stellungnahme)

*Ratspräsident Roman Schmid:* Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen, der Rat hat zu entscheiden.

*Silvia Rigoni (Grüne, Zürich):* Der Klimawandel ist in vollem Gange und langsam ist auch die Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, dass wir endlich griffige Massnahmen brauchen. Aber wir sind spät dran mit dem Klimaschutz, und die Massnahmen sind immer noch sehr zögerlich. So werden die Folgen des Klimawandels uns vermehrt in eine bittere Realität setzen. Die Extreme werden häufiger: Heisse Sommer, lange Trockenheit, schneearme Winter, dann auch Starkregen und Stürme. Davor müssen wir uns schützen, daran müssen wir uns anpassen.

Es ist sehr ärgerlich, dass ein solcher Vorstoss überhaupt nötig ist, denn wir wissen seit Jahrzehnten, dass unser Planet durch die massiven und laufend steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Gleichgewicht gerät und noch mehr geraten wird. Die Wissenschaft belegt dies schon lange. Und wenn wir logisch und konsequent gehandelt und unser Klima schnell geschützt hätten, müssten wir heute nicht darüber reden, wie wir uns vor den Folgen des Klimawandels schützen sollen. Und ein verbesserter Schutz ist dringend. Die Sommerhitze zum Beispiel in den urbanen Siedlungen gefährdet ältere und kranke Menschen, da gibt es besorgnisregende Zahlen des BAFU (*Bundesamt für Umwelt*): 2003 hatten wir 1000 Hitzetote. 2015 waren es 800 und im August 2018 hatten wir 200 Hitzetote. Auch die Natur leidet: Die Gewässer werden zu warm und sie trocknen sogar aus. Im Sommer 2018 mussten wir Tonnen von toten Fischen aus dem Rhein ziehen. Die Wälder sind auch in Mitleidenschaft gezogen, die Buchen vertrocknen, die geschwächten Nadelbäume werden vom Borkenkäfer befallen. Und Sie mögen sich bestimmt an den Sommer 2018 erinnern, als in einzelnen Gemeinden das Trinkwasser ausging, und in anderen wurde man dringend aufgefordert, Trinkwasser zu sparen. Die Infrastruktur ist gefährdet, vermehrte Stürme und Starkregen sind hier die besondere Gefahr. Und das führt dazu, dass die Versicherungsbranche im Klimawandel das grösste Risiko überhaupt sieht.

Es gibt verschiedene gesetzliche Möglichkeiten für einen besseren Schutz vor den Folgen des Klimawandels. Ein Schlüsselgesetz dafür ist bestimmt das Planungs- und Baugesetz, das PBG, und auch die kantonalen Richtpläne. Im PBG können wir zum Beispiel regeln, dass urbane Gebiete durch grosse Bäume besser beschattet werden. Im aktuellen PBG ist es immer noch erlaubt, dass grosse Tiefgaragen gebaut werden, die weit über die oberirdische Grenze der Gebäude hinausreichen. Dies verunmöglicht, dass wir zwischen den Gebäuden grosse Bäume anpflanzen können, denn es fehlt schlicht der Platz für eine ausreichende Verwurzelung. In den Sommernächten kühlt der Wind die urbanen Zentren. In der Stadt Zürich zum Beispiel kommen die Winde vom Uetliberg und vom Zürichberg in die Stadt hinunter und wir müssen so bauen, dass diesem Wind möglichst nichts entgegengestellt wird. Dafür braucht es Vorgaben zur Gestaltung und Anordnung von Gebäuden. Im PBG gibt es keine Vorgaben, die diesen Aspekt auch konkret berücksichtigen, und das müssen wir ändern. Es gäbe noch zahlreiche andere Beispiele, wie das PBG und unsere Richtpläne für eine bessere Anpassung an den Klimawandel fit gemacht werden können. Die Gefahren durch Hochwasser und Stürme könnten mit einer angepassten Raumplanung und Bautätigkeit ebenfalls verringert werden.

Mit dieser Motion fordern wir den Regierungsrat auf, das PBG und die Richtpläne zu überarbeiten und schnell griffige Massnahmen zu entwickeln. Und im Sinne einer Klammer: Wir wissen, dass auch einzelne Vorstöße zu einzelnen Massnahmen möglich gewesen wären.

Kaum haben wir im Sommer 2018 diese Motion eingereicht, wurde der kantonale Massnahmenplan zur Anpassung an den Klimawandel vorgelegt. Dort ist einiges von dem aufgenommen, das hier mit dieser Motion gefordert wird. Eigentlich schön. Allerdings ist es beunruhigend, zu sehen, mit wie wenig Energie und Ressourcen das Thema angegangen wird. Zum Beispiel für die Massnahme K1, Förderung lokal klimaangepasster Stadtentwicklung in Planungsinstrumenten und Rechtsgrundlagen – das ist Gegenstand dieser Motion –, für diese Massnahme werden in den Jahren 2020 und 2021 gerade mal zehn Stellenprozente eingesetzt. Konkret heisst das: Im Jahr 2018, also als der Massnahmenplan veröffentlicht wurde, hat man entschieden, dass man noch gut zwei Jahre warten kann und dann einmal ein paar Abklärungen, ein paar Vorschläge macht, und dies bei einer äusserst regen Bautätigkeit in den Städten und Agglomerationen im Kanton Zürich.

Für ein solches Vorgehen fehlt uns die Zeit. Wir sollten endlich aus der Geschichte lernen. Wir haben den Klimaschutz bisher mehr oder weni-

ger verschlafen und bezahlen das nun teuer mit kostspieligen Anpassungen an den Klimawandel. Und wenn wir nicht schnell genug unsere Planungs- und Bautätigkeit anpassen, bezahlen wir das mit noch mehr Hitzetoten, mit irreparablen Schäden an unserer Umwelt und immensen Risiken für unsere Infrastruktur. Daher bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen. Vielen Dank.

*Hans Egli (EDU, Steinmaur):* Die SVP/EDU-Fraktion ist – das wissen wir hier drin alle – als sachliche Fraktion bekannt, die das Thema «Klima» nicht ideologisch, sondern faktenorientiert angeht. Wir machen keine Symbolpolitik, sondern wir lösen Probleme, sind also die Fraktion, die lösungsorientiert, unter Einbezug aller Fakten entscheidet, so natürlich auch bei dieser Motion. Gerade die Corona-Krise zeigt uns in der Schweiz sowie natürlich auch global die Grenzen der Wirtschaftsreduktion, die eine Klimaveränderung bringt. Massnahmen, die auf Kosten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gehen, kosten uns Wohlstand, Arbeitsplätze und die soziale Absicherung, natürlich unter anderem auch die der AHV oder der Pensionskassen. Ich glaube nicht wirklich, dass hier drin Parteien sind, die den Wohlstand und die Arbeitsplätze reduzieren wollen. Einen wirtschaftlichen Umbau, namentlich zu einem Null-CO<sub>2</sub>-Fussabdruck können wir nur mit der Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft sozialverträglich aufgleisen. Auch wenn unsere Fraktion «sozial» nicht im Namen hat, gibt es bei uns bezüglich Sozialverträglichkeit keine Kompromissbereitschaft. Wir wollen keine Klimapolitik auf Kosten der Schwachen oder mit einem Heer von Arbeitslosen als Kollateralschaden, ich möchte hier nur an die Demonstrationen der Gilet-jaune-Bewegung in Frankreich erinnern. Es geht darum, dass wir uns bewusst sind: Wir müssen Änderungen in gewissen Bereichen der Klimathematik machen, aber es kann nie eine Klimapolitik gegen das Volk umgesetzt werden. Es darf nicht sein, dass Klimapolitik von irgendwelchen Ideologen entschieden wird, sondern es ist wichtig, dass die Realwirtschaft bei der Umsetzung der Klimapolitik miteinbezogen wird.

Ja, wir alle wissen, wir haben eine Klimaveränderung. Aber uns allen ist auch klar: Wie sich die Klimaveränderung weiterentwickelt, das wissen wir nicht. Solange Meteo-Prognosen über zehn Tage eine Trefferquote von 50 Prozent haben und die Muotataler Wetterschmöcker auch eine Trefferquote in diesem Bereich haben, solange ist nicht klar, wie sicher die Klimaprognosen der Wissenschaft sind. Wie sich das Klima entwickelt, das wissen wir ganz einfach nicht. Unstrittig ist ausserdem, dass die Sonnenaktivität, ihre Strahlung, Auswirkungen hat. Je aktiver

die Sonne ist, desto mehr Strahlungsenergie kommt auf die Erde. Das hat auf jeden Fall sehr viel Einfluss auf unser Klima. Dafür gibt es Beispiele der Vergangenheit, wie die verschiedenen Eiszeiten oder eben auch die tropischen Klimazeiten, die wir alle in unseren Breitengraden hatten. Und selbst auf dem Mars und auf dem Pluto findet ein Klimawandel statt, und meines Wissens fahren dort keine Autos. In der Bibel steht in Lukas 21-25, ich zitiere: «Und es werden Zeichen geschehen an Sonne und Mond und Sternen und auf Erden wird den Leuten bange sein. Und sie werden zagen. Und das Meer und die Wassermassen werden brausen.» Vielleicht hat eine höhere Macht tatsächlich mehr Einfluss auf das Klima, als wir hier drin wahrhaben wollen. Unter diesen Aspekten bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen. Danke.

*Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal):* Der Klimawandel ist rasant, die Herausforderungen sind komplex. Handeln ist dringend. Was ist der Part des Kantonsrates? Was ist seine Aufgabe? Er muss die Risiken des Klimawandels vermindern und sich für die Reduktion der Treibhausgase einsetzen. Dazu muss er die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Er muss insbesondere die Raumplanung an die Gefahren durch die Folgen des Klimawandels anpassen, und zwar rasch. Der Richtplan und Planungs- und Baugesetz sind darauf zu überprüfen und zu ergänzen. Wir sind für Überweisung der Motion.

Die Entwicklung des Klimas bringt Probleme hervor, die Siedlungen und Landschaften bedrohen. Neu gedacht werden muss der Schutz gegen Überschwemmungen und Murgänge, neu gedacht werden muss auch die Überhitzung der Stadträume. Dies betrifft planerische und gestalterische Ebenen. Grundlagen dazu sind die Richtplanung und das PBG. Kantonale Richtplanungen enthalten gemäss Artikel 4 der Raumplanungsverordnung eine Beurteilung der möglichen Entwicklungen aus gesamtheitlicher Sicht. Das aktuelle Raumordnungskonzept spricht zwar von einer nachhaltigen Raumplanung, es beinhaltet jedoch keine Massnahmen zum Schutz von Menschen, Natur und Infrastruktur vor zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels. Der kantonale Richtplan ist das wesentliche Steuerungsinstrument für regionale und kommunale Richtplanungen. Er muss jetzt die notwendige Stossrichtung einer klimafitten Gestaltung von Siedlung und Landschaft geben. So sind im kantonalen Richtplan die Leitlinien zu ergänzen. In allen Themenbereichen müssen richtungsweisende Festlegungen zu den Erfordernissen des Klimawandels ergänzt werden. Das aktuelle Planungs- und

Baugesetz hat den Zweck, Planungsmittel für die Aufteilung des Bodens in verschiedene Nutzungsbereiche und für die Einteilung der zulässigen Bodennutzung zu gewähren. Es geht also vom Grundgedanken der Aufteilung und der Abgrenzung aus.

Die Herausforderungen des Klimawandels bedingen aber eine gesamtheitliche Sicht, eine Sicht auf Gebäude und öffentlichen Raum, eine Sicht auf Stadt und Land. Es braucht eine Planung, welche Aufenthaltsqualität, welche gesundes und angenehmes Klima, welche Energieeffizienz anstrebt. Eine solche Planung braucht eine Anpassung im PBG.

Im Massnahmenplan Anpassung an den Klimawandel des AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) sind Herausforderungen, Massnahmen und Umsetzung für die Baudirektion umschrieben. Der Raumplanungsbericht 2017 hat aber Hitze, Trockenheit, Naturgefahren und Veränderung von Lebensräumen nicht thematisiert. Nach dem Schwerpunkt «innere Verdichtung» muss jetzt die Bedeutung des Klimawandels für die Siedlungs- und Freiraumentwicklung in den Fokus genommen werden. Handeln ist also dringend. Noch dringender sind neue Raumplanungskonzepte, Konzepte für die Gestaltung von künftigen Lebens- und Wirtschaftsräumen, die den Klimawandel abschwächen. Diese gehören in eine Massnahmenplanung des Regierungsrates.

In der ganzen Komplexität bleibt die Verantwortung beim Kantonsrat, die Grundzüge einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung festzulegen, die – wir haben es gehört – auch kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft garantiert. Für beide, Kantons- und Regierungsrat, gilt: Es erträgt keinen Aufschub, Erkenntnisse über den Klimawandel einzubeziehen. Die SP fordert rasch entsprechende Anpassungen im PBG und im Richtplan, denn der Klimawandel ist rasant. Unterstützen Sie die Überweisung der Motion.

*Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich):* Der Regierungsrat hat die Herausforderungen der höheren Temperaturen und zunehmender Sommertrockenheit bereits erkannt. Als Massnahmen sieht er die Förderung lokal klimaangepasster Stadtentwicklung in Planungsinstrumenten und Rechtsgrundlagen vor. Die Motion und die Stellungnahme des Regierungsrates lassen sich wie die Zusammenfassung beziehungsweise den Auszug des Massnahmenplans Anpassung an den Klimawandel lesen. Lassen wir den Regierungsrat nun genau daran arbeiten. Er wird die Planungsinstrumente und die Rechtsgrundlagen anpassen, wie es die Motionäre fordern. Wir brauchen keine finanziellen Mittel und wir müssen keine Zeit in diese Motion investieren. Wir brauchen diese

nicht, nein, liebe Silvia Rigoni, dieser Vorstoss ist nicht nötig. Wir müssen die Energie jetzt wirklich in konkrete Lösungen setzen, ich nehme da auch den Fraktionssprecher der SP, Markus Späth, beim Wort. Er hat gesagt, die SP wolle heute CO<sub>2</sub>-Vorstösse überweisen und keine Postulate und Anfragen. Deshalb kann ich nicht verstehen, weshalb man jetzt solche eine Motion überweist, wenn der Regierungsrat genau zu diesem Ziel schon auf dem Weg ist und diese Massnahmen umsetzt. Die FDP will Lösungen und keine Symbolpolitik und zusätzliche Berichte.

Überweisen Sie heute bitte nicht. Investieren wir die Zeit – wir werden heute sicher wieder eine Stunde darüber sprechen – in die konkreten Lösungen und Vorstösse. Besten Dank.

*Ruth Ackermann (CVP, Zürich):* Anpassung des Planungs- und Bauge setzes sowie des kantonalen Richtplans, um diese Motion zu erfüllen, ist keine kleine Aufgabe. Um Mensch und Natur und Infrastruktur vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, war unserem ehemaligen Kantonsratskollegen (*und jetzigem Regierungsrat*) Martin Neukom kein Aufwand zu gross, ich denke, dem neuen Baudirektor vorraussichtlich auch nicht. Eventuell sind im Massnahmenplan Anpassungen an den Klimawandel bereits die nötigen Anpassungsvorschläge erarbeitet worden. Und wie es in der Motionsantwort heisst, Zitat: «Die wesentlichen Stossrichtungen der Motion wurden mit dem Massnahmenplan bereits aufgegriffen.» Andernfalls bitten wir Sie, Herrn Baudirektor, lieber Martin, nun persönlich dafür zu sorgen, dass dieser Massnahmenplan so umgearbeitet wird, dass die Motionärinnen und Motionäre und die CVP-Fraktion damit zufrieden sind.

Wir unterstützen diese Motion.

### *Ordnungsantrag*

*Claudio Schmid (SVP, Bülach):* Wenn selbst die Reinigungsfachperson sich mit dem grünliberalen Kostüm schmückt (*die Frau, die nach jedem Votum die Rednerpulte desinfiziert, trägt wie an jeder Ratssitzung die hellgrüne Arbeitsschürze ihrer Reinigungsfirma*), dann ist tatsächlich Klimatag. Obwohl ich eigentlich dachte, dass die Zeiten der Parteiuniform vorbei sei und ich das eigentlich deplatziert finde (*zahlreiche Ratsmitglieder der GLP sind in einem hellgrünen T-Shirt mit Parteilogo erschienen*). Frau Rigoni ist der Grund, weshalb ich mich hier in die Debatte einschalte. Ich verwahre mich gegen die Vorwürfe, die da bezüglich Demokratieverständnis und mangelnder Anerkennung der

Dringlichkeit geäussert wurden. Es gibt sehr viele dringliche Fragen in unserer Gesellschaft. Und wissen Sie, ich kenne keinen Staat auf der ganzen Welt, der solch ausgeprägte politische Rechte hat wie der Kanton Zürich. Es gibt das Instrument der Einzelinitiative, eine Zürcher Eigenart, das durften Sie, das konnten Sie zulassen, sogar ergreifen. Die Einzelinitianten können ihr Anliegen hier vortragen; das wurde schon gemacht. Wir sind sehr liberal in der Frage, ob jemand ein Begehren einbringen darf. Jeder Bürger darf Initiativen und Referenden ergreifen. Und Sie werfen uns vor, dass Sie behindert werden. Diesen Vorwurf möchte ich hier zurückweisen.

Bezüglich des Traktandums stelle ich den Ordnungsantrag auf Namensaufruf. Es ist Ihnen eine sehr wichtige Angelegenheit, also wollen wir bei den Abstimmungen wissen, wer wie stimmt. Danke.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht):* Ich werde Ihnen hier beweisen, dass beim motorisierten Individualverkehr der bürgerliche Konservatismus nicht klemmt – Worte von Thomas Forrer (*in seinem Grundsatzvotum zur ganztägigen Klimadebatte*). Thomas Forrer hat auch behauptet, dass unser Klima 5 Grad wärmer würde. Also das ist schon etwas viel heisse Luft, Thomas Forrer. Und Herr Späth sagte uns: Statt Jahr für Jahr Geld ins Ausland zu verschieben, solle man das hier investieren. Ich tue es. Hier sind 100 Franken (*der Votant zeigt eine 100-Franken-Note*). Diese 100 Franken setze ich aus, damit die Klimakrise zum wichtigsten Thema in diesem Rat auch richtig angegangen wird, für Thomas Forrer, damit er sich endlich ein klimafreundliches Auto kauft und nicht mit einem zehnjährigen Auto herumfährt. Das ist eben keine heisse Luft, Thomas Forrer, wie du sie hier gebracht hast, sondern das ist Klimapolitik. Ich danke dir, dass du dir jetzt endlich ein neues Auto kaufst und ein Vorbild für die Grüne Partei bist.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir bei Traktandum Nummer 3 sind. Bitte sprechen Sie zum Traktandum, sonst werde ich Ihre Redezeit beschränken respektive Ihnen das Wort entziehen.

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* Klimapolitik und auch Raumplanungspolitik – da bin ich froh um bestimmte Voten, die bereits erfolgt sind – setzen einen ganz breiten Blick voraus. Raumplanungspolitik isoliert zu betrachten, ist meines Erachtens nicht richtig. Man sollte einen Schritt, gerade im Hinblick auf die Raumplanung, auch zurück machen, und das attackieren, was übermässige Dichteplanung nötig macht.

Hier kann ich Bastien Girod, Nationalrat der Grünen, zitieren, allerdings mit einem älteren Zitat. Er sagt, dass wir in der Schweiz auf Überbevölkerung zumarschieren und es nichts Umweltschädlicheres gibt als Überbevölkerung. Wir haben leider im Kantonsrat Zürich ganz beschränkte Möglichkeiten in dieser Hinsicht. Wir haben nächstens eidgenössisch zu entscheiden, über eine Begrenzungsinitiative, die genau darauf abzielt, dass man in der Schweiz wieder selber über den eigenen Dichtestress soll entscheiden können wie in einem «Flamingo»-Club (*als Herd zahlreicher Corona-Ansteckungen in die Kritik geratener Club in Zürich*), indem man sagen kann: Jetzt sind genug Leute drin. Was darüber hinausgeht, ist ungesund. Und das ist auch wichtig für unsere Raumplanung. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

*Hans Finsler (SVP, Affoltern a. A.):* Die Motion verlangt vom Regierungsrat, dem Kantonsrat eine Anpassung des Planungs- und Baugesetzes und eine Anpassung des kantonalen Richtplans vorzulegen, damit Mensch, Natur und Infrastruktur von den zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels geschützt werden. Damit verlangt die Motion vom Regierungsrat meines Erachtens etwas schon vom System her Unmögliches, denn das Zürcher Planungs- und Baugesetz ist ein Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Raumplanung, und das Bundesgesetz über die Raumplanung verfolgt nach dessen Artikel 1 die Ziele, dass der Boden haushälterisch genutzt wird, dass die raumwirksamen Tätigkeiten entsprechend aufeinander abgestimmt werden und dass eine auf die erwünschte Entwicklung des Landes ausgerichtete Ordnung der Besiedlung so verwirklicht wird. Von Klima steht da drin kein Wort. Natürlich ist Klimaschutz ein selbstverständliches Anliegen von uns allen und ein Bemühen, das laufend verfolgt werden soll, aber ich bin der Ansicht, hier sei jetzt das falsche Gefäss gewählt worden, um auch diesem Thema wieder Resonanz zu verschaffen. Ich fordere Sie deshalb auf, die Motion nicht zu unterstützen. Danke.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Vielen Dank für diese angeregte Debatte. Wenn ich den Reden zuhöre, habe ich den Eindruck, dass es wichtig ist, dass wir genau unterscheiden zwischen zwei unterschiedlichen Themenbereichen, um die es heute geht. Einerseits geht es um die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen und einen Beitrag zum Klimaschutz und andererseits geht es um die Anpassung an das bereits sich ändernde Klima. Und bei diesem Traktandum geht es um das Zweite, das heisst, nur die Anpassung an den Klimawandel, der bereits hier ist oder der

noch eintritt. Das Anliegen dieser Motion ist mittlerweile ein sehr zentrales Thema in der Raumplanung geworden, vor zehn Jahren war es noch nicht sehr verbreitet, dass man über Lokalklima diskutiert hat. Heute ist es schon ein sehr zentrales Anliegen in der Raumplanung. Die Temperaturen steigen. Wir haben das in der Vergangenheit gesehen und können abschätzen, dass sie auch in Zukunft noch steigen werden, selbst dann, wenn wir griffige Massnahmen ergreifen, um den Klimawandel auf globaler Ebene zu verhindern. Selbst dann werden die Temperaturen noch leicht steigen, denn das Klimasystem ist träge, das heißt, es verhält sich langsam. Wenn wir versuchen, es zu steuern, haben wir eine bestimmte Zeitkonstante und es verändert sich ein bisschen langsamer. Deshalb: Selbst mit Klimaschutzmassnahmen können wir davon ausgehen, dass die Temperaturen steigen werden, auch in der Schweiz.

Letzten Sommer habe ich von meinem Amtschef, der sein Büro ein Stockwerk über mir hat, ein SMS gekriegt, morgens um 7 Uhr. Er hat mir ein Bild von seinem Thermometer geschickt: Es war am Morgen um 7 Uhr bereits 32 Grad in seinem Büro. Sie können sich vorstellen, wie warm es dann tagsüber noch geworden ist. Es ist naheliegend: Wenn man bei diesen Temperaturen arbeitet, dann sinkt die Konzentration, zumindest bei mir ist das so. Bei 35 Grad arbeite ich nicht gleich konzentriert wie bei 25 Grad. Es ist darum naheliegend, dass es auch Auswirkungen auf die Produktivität und die Wirtschaft hat. Wir sehen, die Auswirkungen des Klimawandels haben auch direkt Auswirkungen auf die Wirtschaft.

In der Walche, wo wir mit der Verwaltung arbeiten, haben wir eine alte Bausubstanz. Mit einer besseren Bausubstanz könnte man das natürlich ein bisschen abmildern. Aber es geht hauptsächlich auch um diese Hitzeinseln, die sich in den Städten formen, wenn die Luft steht und nicht entweichen kann. Deshalb prüft und überlegt man in der Raumplanung aktuell sehr viele Massnahmen, um genau diesen Hitzeinseln vorzubeugen, um zu verhindern, dass es zu diesem Hitzestau kommt. Welche Massnahmen es braucht, ist eigentlich relativ einfach zu erkennen: Es braucht Durchlüftung. Die warme Luft muss in der Nacht wieder weg. Es muss beispielsweise von den Hügeln kalte Luft in die Stadt strömen können. Es braucht mehr Bäume, es braucht mehr Begrünung, weniger Versickerung und es braucht mehr Wasserflächen. Das sind alles Massnahmen, die man ergreifen kann, damit sich die Hitze nicht so stark staut.

Wenn man aber schaut, wie aktuell gebaut wird, dann merken wir: Bei der Umsetzung hapert es noch etwas, Beispiel Europaallee: Sie wurde

erst gerade fertiggestellt. Wenn Sie da von der Unterführung des Hauptbahnhofs Zürich die Treppen hinaufsteigen, dann kommen Sie auf diesen ersten Platz der Europaallee. Sie sehen, der ist vollständig versiegelt, und auf der Seite hat es ganz, ganz kleine, dünne Bäume. Das ist nicht klimaangepasste Planung, das ist nicht so gut gelungen. Oder schauen Sie sich die Endhaltestelle der Limmattalbahn in Schlieren an: Dort hat es zwar ein Dach – das ist schon mal nicht schlecht –, aber sonst ist alles total versiegelt. Das liegt natürlich auch daran, dass versiegelte Flächen im Unterhalt viel günstiger sind, aber klimaangepasst sind sie natürlich nicht.

Wir brauchen daher bessere Instrumente, um dafür zu sorgen, dass wir besser planen, dass wir eine klimaangepasste Planung machen. Und das ist das Anliegen dieser Motion. Das Anliegen dieser Motion ist derart wichtig, dass der Regierungsrat die Umsetzung schon begonnen hat, bevor die Motion überhaupt überwiesen wurde. Wir arbeiten nämlich bereits an einer PBG-Revision, da geht es genau um diese Themen. Ebenfalls arbeiten wir an der Richtplan-Teilrevision 2020, und da werden wir die in der Motion geforderten Änderungen für die Anpassung an den Klimawandel und das lokale Klima aufnehmen.

Sie sehen also, wir sind bereits an der Arbeit. Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese Motion nicht zu überweisen. Besten Dank.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Es ging von Claudio Schmid ein Ordnungsantrag ein. Er beantragt uns, die Abstimmung per Namensaufruf durchzuführen. Dies ist möglich, wenn mindestens 20 Personen diesem Antrag zustimmen.

*Abstimmung über den Ordnungsantrag*

**Für den Antrag auf Abstimmung mit Namensaufruf stimmen offensichtlich mehr als 20 Ratsmitglieder.** Die Abstimmung findet mit Namensaufruf statt.

Ackermann	Pia	SP	Zürich	Ja
Ackermann	Ruth	CVP	Zürich	Ja
Aeschbacher	Nathalie	GLP	Zürich	Ja
Agosti	Theres	SP	Turbenthal	Ja
Akanji	Sarah	SP	Winterthur	-
Albanese	Franco	SVP	Winterthur	-
Alder	Ronald	GLP	Ottenbach	Ja
Amrein	Hans-Peter	SVP	Küschnacht	Nein
Balmer	Bettina	FDP	Zürich	Nein
Bamert	Ueli	SVP	Zürich	Nein
Barmettler	Franziska	GLP	Zürich	Ja
Bartal	Isabel	SP	Zürich	Ja
Bärtschiger	Markus	SP	Schlieren	Ja
Bender	André	SVP	Oberengstringen	Nein
Berner	Melanie	AL	Zürich	Ja
Biber	Michael	FDP	Bachenbülach	Nein
Bischoff	Markus	AL	Zürich	Ja
Bloch	Beat	CSP	Zürich	Ja
Bonato	Diego	SVP	Aesch	Nein
Bossert	Sandra	SVP	Wädenswil	Nein
Bourgeois	Marc	FDP	Zürich	Nein
Brandenberger	Harry	SP	Gossau	Ja
Brunner	Hans-Peter	FDP	Horgen	Nein
Bürgin	Yvonne	CVP	Rüti	Ja
Burtscher	Rochus	SVP	Dietikon	Nein
Büsser	Jeanette	Grüne	Zürich	Ja
Bussmann	Nora	Grüne	Zürich	Ja
Bütikofer	Kaspar	AL	Zürich	Ja
Camenisch	Linda	FDP	Wallisellen	-
Columberg	Leandra	SP	Dübendorf	Ja
Cometta-Müller	Katrin	GLP	Winterthur	Ja
Dalcher	Pierre	SVP	Schlieren	Nein
Daurù	Andreas	SP	Winterthur	-
Dietschi	Urs	Grüne	Lindau	Ja
Dünki	Michèle	SP	Glattfelden	Ja
Dürr	Renate	Grüne	Winterthur	Ja
Egli	Hans	EDU	Steinmaur	Nein
Erni	Jonas	SP	Wädenswil	Ja
Etter-Gick	Carola	FDP	Winterthur	Nein

Farner-Brandenberger	Martin	FDP	Stammheim	Nein
Fehr Düssel	Nina	SVP	Küsnacht	Nein
Fehr	Raffaela	FDP	Volketswil	Nein
Fehr Thoma	Karin	Grüne	Uster	Ja
Feldmann	Stefan	SP	Uster	Ja
Finsler	Hans	SVP	Affoltern a. A.	Nein
Fischer	Benjamin	SVP	Volketswil	Nein
Forrer	Thomas	Grüne	Erlenbach	Ja
Franzen	Barbara	FDP	Niederweningen	Nein
Frey-Eigenmann	Beatrix	FDP	Meilen	Nein
Furrer	Astrid	FDP	Wädenswil	Nein
Galeuchet	David	Grüne	Bülach	Ja
Gantner	Alex	FDP	Maur	Nein
Gehrig	Sonja	GLP	Urdorf	Ja
Geistlich	Andreas	FDP	Schlieren	Nein
Gisler	Andrea	GLP	Gossau	Ja
Göldi	Hanspeter	SP	Meilen	Ja
Grüter	Barbara	SVP	Rorbas	-
Günthard	Barbara	EVP	Winterthur	Ja
Guyer	Esther	Grüne	Zürich	Ja
Habegger	Beat	FDP	Zürich	Nein
Habicher	Lorenz	SVP	Zürich	Nein
Hans	Urs	Grüne	Turbenthal	Ja
Hasler	Andreas	GLP	Illnau-Effretikon	Ja
Häuptli	Daniel	GLP	Zürich	Ja
Hauser	Matthias	SVP	Hüntwangen	Nein
Häusler	Edith	Grüne	Kilchberg	Ja
Heierli	Daniel	Grüne	Zürich	Ja
Hodel	Daniel	GLP	Zürich	Ja
Hoesch	Felix	SP	Zürich	Ja
Hofer	Jacqueline	SVP	Dübendorf	Nein
Hoffmann	Benedikt	SVP	Zürich	Nein
Hollenstein	Claudia	GLP	Stäfa	Ja
Honegger	Thomas	Grüne	Greifensee	Ja
Honegger	Walter	SVP	Wald	Nein
Hoss-Blatter	Corinne	FDP	Zollikon	Nein
Huber	Beat	SVP	Buchs	Nein
Huber	Martin	FDP	Neftenbach	Nein
Huber	Stefanie	GLP	Dübendorf	Ja
Hübscher	Martin	SVP	Wiesendangen	Nein

Hugentobler	Hanspeter	EVP	Pfäffikon	Ja
Huonker	Laura	AL	Zürich	Ja
Isler	René	SVP	Winterthur	Nein
Jäger	Alexander	FDP	Zürich	Nein
Joss	Karin	GLP	Dällikon	Ja
Joss	Rosmarie	SP	Dietikon	Ja
Kampus	Manuel	Grüne	Schlieren	Ja
Katumba	Andrew	SP	Zürich	Ja
Kläy	Dieter	FDP	Winterthur	Nein
Kündig	Jörg	FDP	Gossau	Nein
Lais	Ruedi	SP	Wallisellen	Ja
Lamprecht	Thomas	EDU	Bassersdorf	Nein
Landmann	Valentin	SVP	Zürich	Nein
Langenegger	Tobias	SP	Zürich	Ja
Langhart	Konrad	parteilos	Stammheim	Ja
Ledergerber	Domenik	SVP	Herrliberg	Nein
L'Orange Seigo	Selma	Grüne	Zürich	Ja
Loss	Davide	SP	Adliswil	Ja
Lucek	Christian	SVP	Dänikon	Nein
Mäder	Gabriel	GLP	Adliswil	Ja
Mani	Tobias	EVP	Wädenswil	Ja
Marthaler	Thomas	SP	Zürich	Ja
Marti	Sibylle	SP	Zürich	Ja
Marty	Maria Rita	SVP	Volketswil	Nein
Marty Fässler	Carmen	SP	Adliswil	Ja
Matter	Sylvie	SP	Zürich	Ja
Mayer	Paul	SVP	Marthalen	Nein
Meier	Doris	FDP	Bassersdorf	Nein
Meier	Esther	SP	Zollikon	Ja
Meier	Florian	Grüne	Winterthur	Ja
Meier	Walter	EVP	Uster	Ja
Mettler	Christian	SVP	Aesch	-
Monhart	Beat	EVP	Gossau	Ja
Moser-Schäfer	Arianne	FDP	Bonstetten	Nein
Müller	Christian	FDP	Steinmaur	Nein
Müller	Fabian	FDP	Rüschlikon	Nein
Müller	André	FDP	Uitikon	Nein
Näf	Melissa	GLP	Bassersdorf	Ja
Petri	Gabi	Grüne	Zürich	Ja
Pfalzgraf	Hannah	SP	Mettmenstetten	Ja

Pfister	Ulrich	SVP	Egg	Nein
Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	Gossau	Nein
Pinto	Jean-Philippe	CVP	Volketswil	Ja
Pokerschnig	Jasmine	Grüne	Zürich	Ja
Rigoni	Silvia	Grüne	Zürich	Ja
Rinderknecht	Daniela	SVP	Wallisellen	Nein
Rogenmoser	Romaine	SVP	Bülach	Nein
Romero	Angie	FDP	Zürich	Nein
Röösli	Brigitte	SP	Illnau-Effretikon	Ja
Rueff	Sonja	FDP	Zürich	Nein
Sadriu	Qëndresa	SP	Opfikon	Ja
Sahli	Manuel	AL	Winterthur	Ja
Sanesi-Muri	Monica	GLP	Zürich	Ja
Schaaf	Markus	EVP	Zell	Ja
Scheck	Roland	SVP	Zürich	Nein
Scherrer	Benno	GLP	Uster	Ja
Schick	Peter	SVP	Zürich	Nein
Schlauri	Simon	GLP	Zürich	Ja
Schmid	Claudio	SVP	Bülach	Nein
Schmid	Lorenz	CVP	Männedorf	Ja
Schmid	Roman	SVP	Opfikon	-
Schmid	Stefan	SVP	Niederglatt	Nein
Schucan	Christian	FDP	Uetikon am See	Nein
Schweizer	Thomas	Grüne	Hedingen	Ja
Siegrist	Nicola	SP	Zürich	Ja
Sommer	Daniel	EVP	Affoltern a. A.	Ja
Späth	Markus	SP	Feuerthalen	Ja
Steiner	Rafael	SP	Winterthur	Ja
Stofer	Judith	AL	Zürich	Ja
Straub	Esther	SP	Zürich	Ja
Stünzi	Christa	GLP	Horgen	Ja
Stüssi	Beatrix	SP	Niederhasli	Ja
Sulser	Jürg	SVP	Otelfingen	Nein
Suter	Marcel	SVP	Thalwil	Nein
Tognella	Birgit	SP	Zürich	Ja
Truninger	René	SVP	Illnau-Effretikon	Nein
Vannaz	Janine	CVP	Aesch	Ja
Vogel	Thomas	FDP	Thalwil	Nein
von Euw	Paul	SVP	Bauma	Nein
Von Planta	Cyrill	GLP	Zürich	Ja

Vontobel	Erich	EDU	Bubikon	Nein
Wäfler	Daniel	SVP	Gossau	Nein
Walder	Benjamin	Grüne	Wetzikon	Ja
Waser	Urs	SVP	Langnau am Albis	Nein
Weber	Stephan	FDP	Wetzikon	Nein
Weidmann	Tobias	SVP	Hettlingen	Nein
Wicki	Monika	SP	Zürich	Ja
Widler	Josef	CVP	Zürich	Ja
Willi	Wilma	Grüne	Stadel	Ja
Wirth	Thomas	GLP	Hombrechtikon	Ja
Wisskirchen	Mark	EVP	Kloten	Ja
Wydler	Kathrin	CVP	Wallisellen	Ja
Wyss	Orlando	SVP	Dübendorf	Nein
Wyss-Cortellini	Cristina	GLP	Dietlikon	Ja
Wyssen	Claudia	GLP	Uster	Ja
Yuste	Nicola	SP	Zürich	Ja
Zahler	Erika	SVP	Boppelsen	Nein
Zeroual	Farid	CVP	Adliswil	Ja
Zeugin	Michael	GLP	Winterthur	Ja
Ziegler	Christoph	GLP	Elgg	Ja
Zurfluh	Christina	SVP	Wädenswil	Nein

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 101 : 73 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 187/2018 zu überweisen.** Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.

### **4. Klimaverträglichkeitsabschätzung der gesetzlichen Grundlagen**

Motion Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Beat Bloch (CSP, Zürich), Kathy Steiner (Grüne, Zürich) vom 20. August 2018

KR-Nr. 225/2018, RRB-Nr. 1050/7. November 2018 (Stellungnahme)

*Ratspräsident Roman Schmid:* Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden.

*Beat Bloch (CSP, Zürich):* Mit der vorliegenden Motion wollen wir gesetzestehnisch den Klimaschutz im Kanton Zürich vorantreiben. Es ist wichtig, dass wir uns nicht nur Gedanken machen, welche Auswirkungen unser Tun hier im Rat auf den Klimawandel hat, sondern dass wir hier und heute den Startschuss setzen für die Überprüfung all unserer Gesetze im Kanton Zürich mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Wir fordern mit dem Vorstoss, dass die bestehende Gesetzgebung auf ihre Klimaverträglichkeit überprüft wird, dass die Regierung bei denjenigen Verordnungen, die sie selber erlassen kann, die nötigen Anpassungen vornimmt, dass die Regierung in einem Bericht aufzeigt, wo auf Gesetzesstufe Handlungsbedarf besteht und wo die Regierung auf Verordnungsstufe bereits Anpassungen vorgenommen hat. Auch soll die Regierung dort, wo sie auf Gesetzesstufe Handlungsbedarf erkennt, notwendige Gesetzesänderungen dem Kantonsrat unterbreiten. Ebenfalls wird der Regierungsrat aufgefordert, bei jeder neuen Gesetzesvorlage eine Klimaverträglichkeitsabschätzung vorzunehmen und diese dem Rat mitzuteilen. Um dies alles bewerkstelligen zu können, hat der Regierungsrat die dafür nötigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei. Die Gesetzgebung ist als Ganzes auf den Schutz des Klimas zu überprüfen und auszurichten. Und wer heute dazu nicht Ja sagen kann, der oder die ist dann dafür verantwortlich, dass die Gesetze im Kanton Zürich als Ganzes nicht auf den Schutz des Klimas ausgerichtet werden, dass keine Übersicht besteht, wo gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, dass das Problem in seiner Ganzheit nicht angegangen wird und dass die Problemlösung auf Gesetzesstufe der nächsten Generation als Hypothek überbürdet wird. Wir wollen das nicht. Dieser Rat kann etwas bewegen. Er kann alleine nicht das Klima retten, aber er kann die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass dem Klimaschutz im Kanton Zürich die Bedeutung zu kommt, die angemessen ist, um die Klimaziele zu erreichen. Und sagen Sie jetzt nicht, dass der Aufwand für eine Überprüfung der geltenden und zukünftigen Gesetze zu gross ist. Wir haben genau diese Arbeit beim Entlastungsgesetz gemacht. Damals ging es um die administrative Entlastung der Unternehmen. Und herausgekommen ist die Regulierungsfolgeabschätzung. Der Aufwand, der zur Entlastung der Unternehmen aufgewendet wurde, darf uns für den Schutz des Klimas nicht zu gross sein. Wer sich mit dem Klimawandel beschäftigt und ihn einräumen will, weiss, dass wir auf ganz verschiedenen Ebenen aktiv werden müssen, eine davon ist die Gesetzgebung. Hier sind wir als Kantonsrat des Standes Zürich die massgebende Behörde. Hier haben wir

die Zügel in der Hand. Und hier wollen wir als Grüne ansetzen. Unterstützen Sie uns bei dieser Motion und führen Sie die Gesetzgebung des Kantons Zürich in eine klimaverträgliche neue Ära

*Christian Lucek (SVP, Dänikon):* Wer in der Pandemie-bedingten Kulturunterversorgungszeit zum Serienstreaming-Junkie geworden ist, der kennt es: Die erste Staffel ist meistens die beste. Mit der Zeit ist das Thema jedoch durchgekaut, dutzendfach aufgewärmt und die Spannung fehlt, man zappt weiter. Heute stehen die grünen, rotgrünen und giftgrünen Serienvorstösse aus dem Vorwahljahr 2018 auf dem Programm. Nun sitzen wir auf der Couch und wähnen uns im falschen Film. Leider können wir nicht zappen, da müssen wir durch. Sogar das Popcorn fehlt – ein harter Tag.

Viele der 2018 als Feuerwerk lancierten Vorstösse haben ihr Ziel erreicht, das muss man zugeben: Der Wahlkampf wurde befeuert, die Parteien mit dem «G» gewählt, einer der fleissigsten Mitunterzeichner (*Martin Neukom*) in den Regierungsrat gewählt und ideal in der Baudirektion, dem ökostrategischen Zentrum der Kraftentfaltung, installiert. Besser könnte es nicht gelaufen sein, wenigstens für die Grünen. Nun holen uns die Einzelnen dieser Wahlkampfraketen und Luftheuler ein und der arme Baudirektor muss sie von Amtes wegen ablehnen. Immerhin liegt ein gewisser Witz im Drehbuch.

Der Regierungsrat zeigt in seiner knappen Antwort zu dieser Motion klar auf, dass das staatliche Handeln immer eine Rechtsfolgeabschätzung beinhaltet. Selbstverständlich gehört dort auch Artikel 2 der Kantonsverfassung zum Schutz von Mensch und Umwelt dazu. Das ist umfassend und es braucht keine weiteren Gesetze dazu. Die alleinige Betrachtung der Klimaverträglichkeit greift ohnehin zu kurz. Würde eine dem Landschaftsschutz dienende Überdeckung Katzensee oder die Lärmschutzüberdeckung Schwamendingen nach deren CO<sub>2</sub>-Bilanz bei der Zementherstellung und dem Bau beurteilt, würden Sie sich des Dilemmas bewusst.

Die symbolische Motion ist unnötig, die vorhandenen gesetzlichen Grundlagen sind ausreichend. Die SVP lehnt die Motion ab.

*Alexander Jäger (FDP, Zürich):* Die Motion der Grünen bezüglich der Abklärung der gesetzlichen Grundlage auf Klimaverträglichkeit ist ein interessanter Ansatz. In der Tat wäre es reizvoll, alle Gesetze auf ihre Klimaverträglichkeit zu überprüfen. Allerdings ist das auch ein sehr schwieriges Unterfangen. Erstens gibt es neben den ökologischen Ge-

sichtspunkten auch die von Ihnen sehr hoch gewertete Sozialverträglichkeit eines Gesetzes, und zweitens wäre eine klimaverträgliche Bewertung eines Gesetzes auch sehr schwierig. Da müssten wir zahlreiche Ökobilanzen der menschlichen Tätigkeiten im Alltag vornehmen, bevor wir zu einem guten Resultat kommen. Da ist vermutlich Zeit und Geld besser eingesetzt, wenn man zum Beispiel ökologische Aufwertungen von Landschaften finanziell unterstützt. Falls wir eine Überprüfung machen würden, gäbe es sicher interessante Resultate. Beim Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz, in welchem es auch um die Prämienverbilligung geht, müsste dann überprüft werden, was die Befürworteten mit dem Geld machen, das sie für die Verbilligung erhalten. Wenn wir das nicht machen, dann sind die Systemgrenzen falsch gelegt. Sollten sie nämlich mit dem Flugzeug in die Ferien fliegen oder sich ein Auto kaufen, wäre die Vergünstigung aus grüner Sicht wohl nicht auszuzahlen. Aus diesem Beispiel ersehen wir, dass eine ökologische Abschätzung von Gesetzen nur schwer möglich ist und sehr zeitaufwendig wäre.

Ich komme zum Fazit: Wenn wir die Beurteilung korrekt machen wollen, dann benötigt es einen sehr grossen Aufwand. Wenn wir es nur symbolisch machen, dann wird es der Komplexität nicht gerecht und schadet mehr. Anstatt solche Papiertiger zu produzieren, rate ich Ihnen: Gehen Sie mit gutem Vorbild voran. Ich versuche das, seitdem ich mich entschieden habe, Umweltnaturwissenschaften zu studieren. Seit 1991 fliege ich nicht mehr und habe auch die Fahrprüfung nicht gemacht; das ausschliesslich aus ökologischen Gründen. Ich meine nicht, dass ich in den letzten Jahren deswegen etwas verpasst habe. Trotzdem bin ich auch kein Vorbild, denn auch mein ökologischer Fussabdruck ist immer noch viel zu gross. Es bleibt immer noch Luft nach oben. Zeigen doch auch Sie auf, wie toll es ist, ökologisch zu leben, ich versuche das die ganze Zeit. Dann wird die Bevölkerung nachziehen. Aber überprüfen wir nicht alle Gesetze und legen uns so einen grünen Mantel um, obwohl es wenig nützt. Lehnen Sie bitte diese Motion ab.

*Franziska Barmettler (GLP, Zürich):* Wenn wir ein Produkt kaufen, dann wollen wir doch wissen, was drinsteckt. Deshalb verlangen wir von den Herstellern Produktinformationen, wie etwa «aus der Region», «Fairtrade» oder «glutenfrei». Diese dienen dem Konsumenten als Information, sie sind aber auch ein Commitment des Herstellers, dass er diese Produkteigenschaften garantiert. Was unsere Gesetze betrifft, haben wir als Gesetzgeber bisher Folgendes garantiert: Made in Zurich, wirtschaftsfreundlich. Denn bei der Rechtsfolgeabschätzung werden in

erster Linie die wirtschaftlichen Auswirkungen von Regulierungen beurteilt. Mit dieser Motion wollen wir, dass zusätzlich auch die Klimaverträglichkeit geprüft wird. Zukünftig sollen unsere Gesetze deshalb Folgendes garantieren: Made in Zurich, wirtschaftsfreundlich, klimatauglich. Wohlgemerkt, «wirtschaftsfreundlich» bleibt nach wie vor wichtig, es verträgt sich nämlich sehr gut mit «klimatauglich». Das ist ja auch das Grundversprechen der Grünliberalen, dass wir beides zusammenbringen.

Indem wir einen Mechanismus einbauen, der uns ständig ans Klima erinnert, können wir einen Beitrag zu einer faktenbasierten und besseren Rechtsetzung leisten. Wir werden aufgefordert, nicht erst ans Klima zu denken, wenn das Gesetz schon geschrieben ist, sondern bereits bei der Formulierung des Gesetzes und im Vernehmlassungsprozess; und dies in allen Politikbereichen der Verwaltung, denn das Klima ist ein Querschnittsthema, es zieht sich durch alle Direktionen hindurch. Wenn wir es mit dem Klimanotstand wirklich ernst meinen, dann müssen wir verstehen, dass Klimapolitik eben nicht nur Umweltpolitik ist und nicht nur die Baudirektion betrifft. Nein, Klimapolitik ist auch Wirtschaftspolitik, Klimapolitik ist Mobilitätspolitik, ist Innovationspolitik, Raumplanungspolitik, Landwirtschaftspolitik, Standortpolitik, Digitalisierungspolitik und vieles mehr. Bei all diesen Bereichen geht es nicht nur darum, ob sich eine neue Regulierung negativ auf den Klimawandel auswirkt, sondern – und sogar noch viel mehr – es geht hier auch um positive Anreize. So können zum Beispiel neue oder verschärfte Grenzwerte zur Entwicklung optimierter Technologien führen.

Insgesamt ist es uns Grünliberalen wichtig, dass wir mit dieser Klimaverträglichkeitsprüfung keinen Bürokratietiger schaffen, sondern auf eine schlanke Lösung setzen. Für uns kommt deshalb diese Prüfung nur für zukünftige Gesetze infrage, und nicht rückwirkend für die bestehenden. Auch können wir uns so etwas wie einen Quickcheck vorstellen, wie dies der Bund kennt. Dieser dient dazu, dass frühzeitig der Bedarf und der Umfang einer Umweltverträglichkeitsprüfung bestimmt wird und Bereiche ausgeschlossen werden, die dafür nicht infrage kommen. Mit der heutigen Klimadebatte wollen wir einen Grundstein legen für einen Kanton Zürich, der Verantwortung übernimmt und in die Zukunft schaut, ein Kanton, der in Zusammenhängen denkt und zukünftige Herausforderungen bereits heute in seinen Gesetzen abbildet. Denn ein intaktes Klima ist die Voraussetzung für eine intakte Zürcher Wirtschaft und Gesellschaft. Und wenn Herr Hübscher (*Martin Hübscher*) von der SVP (*in seinem Grundsatzvotum zur Klimadebatte*) behauptet, dass wir uns wegen der Corona-Krise Klimaschutz nicht leisten können, dann

versteht er eben diese Zusammenhänge nicht. Gerade die Corona-Krise führt uns doch vor Augen, wie wichtig Resilienz ist. Wir brauchen widerstandsfähigere Gesundheits- und Wirtschaftssysteme. Wir müssen unsere Systeme robuster machen. Und genau darum geht es doch bei der Klimapolitik: um Resilienz. Eine ungebremste Erderwärmung schwächt nämlich unsere Fähigkeit, Krisen zu meistern, macht unser System instabil, macht uns anfällig. Deshalb sollten wir eine intelligente Klimapolitik verfolgen. Ich danke Ihnen, und wir unterstützen diese Motion.

*Ruth Ackermann (CVP, Zürich):* Wir beschliessen in diesem Rat fast wöchentlich neue Gesetze. Irgendwann können wir keinen Fuss mehr vor den andern setzen, ohne dabei ein Gesetz zu verletzen. Wann beginnen wir endlich, Gesetze wieder ausser Kraft zu setzen? Und nun soll die kantonale Gesetzgebung mit einer gesetzlichen Grundlage auch noch speziell und explizit darauf geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf die fortschreitende Erwärmung des Klimas hat. Haben wir Sie richtig verstanden, liebe Motionärinnen und Motionäre, Sie wünschen eine Klimaverträglichkeitsprüfung nicht nur für die neuen, sondern auch für die bestehenden Gesetze? Bis jetzt werden alle Erlasse generell auf ihre Auswirkungen geprüft. Es braucht dafür keine zusätzliche Gesetzesgrundlage.

Wir unterstützen diese Motion nicht.

*Ulrich Pfister (SVP, Egg):* Die Motionäre verweisen auf die Richtlinien für die Durchführung der Regulierungsfolgeabschätzung und für die Prüfung geltenden Rechts als Modell für eine Klimaverträglichkeitsabschätzung. Wie bereits beim vorangegangenen Traktandum (KR-Nr. 187/2018) wird auch bei dieser Vorlage viel heisse Luft produziert. Wir lassen Ballone steigen, ohne dass jemand einen Nutzen davon hätte. Wird hier eine unnötige Grundlage geschaffen, um die Klimaverträglichkeitsabschätzung zu prüfen, wird dies zwangsläufig genau den Vorgaben der Regulierungsfolgeabschätzung zuwiderlaufen. Was gilt dann, wenn sich der geschützte Biber im geschützten Moor ausbreitet? Es wird wieder ein Bürokratiemonster produziert, welches Mehraufwand, Mehrkosten, aber keinen Mehrwert produziert und das Klima sicher nicht rettet. Die Rücksicht auf unsere Umwelt und damit auch auf unser Klima ist immer und überall im Fokus. Vergleichen Sie zum Beispiel den Umgang mit Abfällen auf Baustellen vor Jahren und heute. Heute: Strikte Abfalltrennung, Wiederverwertung von allen möglichen Stoffen, Maschinen wenn möglich nur mit Partikelfiltern et cetera. Bei

der Vergabe von Aufträgen werden diese Komponenten immer miteinbezogen. Dies nur ein Beispiel unter vielen.

Verschwenden wir nicht unnötig Ressourcen der Verwaltung für ein weiteres Bürokratiemonster und lehnen diese Motion ab.

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* Unsere Regierungsräte – und Regierungsrätinnen natürlich – sind keine Simpel mit Scheuklappen und die Kantonsräte des Kantons Zürich ebenfalls nicht. Völlig selbstverständlich – da bin ich überzeugt – betrachten Regierungsräte und Kantonsräte ein Gesetz, das irgendwie klimatisch relevant sein kann, auch nach diesen Kriterien. Der Vorstoss ist überflüssig, denn wenn wir zum Beispiel prüfen sollen, was Einbürgerungskriterien, Deutschkenntnisse für eine Klimafunktion haben oder wenn der Bund das Sexualstrafrecht unter Klimagesichtspunkten – ja gut, vielleicht das Schlafzimmerklima – beurteilen will, dann ist es einfach nicht sehr sinnvoll. Ich glaube, wir sollten Vertrauen in uns selber haben, dass wir Klimarelevanz erkennen, aber auch in unsere Regierungsrätinnen und Regierungsräte, die nun wirklich keine Volltrottel sind. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht):* Dieses Bürokratiemonster braucht es nicht, das wurde jetzt ja von meinen Vorrednern zur Genüge belegt. Was es aber braucht anstatt einer Klimaverträglichkeitsabschätzung ist, liebe Grüne und liebe Linke, eine Auflistung eurer Sommerferien: Wo ihr hingeht unter der Klimaverträglichkeit, wo ihr in die Ferien hingeht. Ob ihr wieder nach Australien fährt, wie unser lieber Regierungsrat noch zu Jungspundzeiten im Kantonsrat oder ob ihr zum Tauchen nach Jamaika geht. Seid endlich mal ehrlich, so wie mit euren Autos. Listet eure Autos auf, welche unsauber sind, und listet eure Ferien auf, welche euch weit in die Ferne mit viel CO<sub>2</sub> führen. Das ist Ehrlichkeit. Und dann könnt ihr auch noch eure Interessenbindungen richtig aufführen, die sind nämlich im Kantonsratsregister auch nicht richtig aufgeführt. Ich danke euch.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Von den Ferien zurück zur Motion: Eine gute Gesetzgebung besteht darin, dass man versucht, alle möglichen Folgen des Gesetzes abzuschätzen. Man versucht abzuschätzen: Was ist der Vollzugsaufwand? Braucht es mehr Stellen in der Verwaltung? Man versucht abzuschätzen, was der Einfluss auf die Gesellschaft ist. Man versucht abzuschätzen, was der Einfluss auf die Wirtschaft, auf

die Umwelt und so weiter ist. Das ist eigentlich ein ganz normaler Prozess, der bei jedem Gesetz stattfinden sollte. Der Regierungsrat stellt sich daher auf den Standpunkt, dass wir im Rahmen dieser üblichen Prüfungen selbstverständlich auch prüfen, ob ein Geschäft einen relevanten Einfluss auf das Klima hat oder nicht. Wir erachten deshalb dieses Anliegen als bereits erfüllt.

Es scheint jetzt aber so, dass die Motionäre noch etwas weitergehen wollen, wie wir gehört haben. Sie wollen, wie ich es verstehe, eher etwas, was in die Richtung geht, wie wir beim Entlastungsgesetz beschlossen haben. Der Kantonsrat hat 2009 das Entlastungsgesetz beschlossen, um den administrativen Aufwand für die Unternehmen gering zu halten. Daraus entstanden ist die Regulierungsfolgeabschätzung, massgebend dazu ist Paragraf des Entlastungsgesetzes, und zwar steht da, Zitat: «In den Anträgen zu Gesetzen wird dargelegt, ob diese Vorgaben dieses Gesetzes eingehalten werden.» Ich gehe davon aus, dass die Motionäre jetzt etwas Ähnliches für das Klima wollen. Das wäre grundsätzlich machbar. Aber hier hat Alexander Jäger vermutlich recht, wenn er sagt, das sei doch relativ schwierig und vermutlich auch relativ aufwendig, vor allem, was die Überprüfung der gesamten Gesetzesammlung angeht.

Dem Regierungsrat, wie gesagt, geht das zu weit, und er betrachtet es auch als nicht unbedingt zielführend. Denn persönlich glaube ich, dass es so sein wird, dass, ähnlich wie bei der Regulierungsfolgeabschätzung, diejenigen, die ein Gesetz wollen, dem Gesetz zustimmen werden, und diejenigen, die es nicht wollen, es ablehnen werden, wahrscheinlich unabhängig davon, ob jetzt in der Gesetzesvorlage noch dargelegt ist, ob dieses Gesetz nun eine positive oder negative Wirkung aufs Klima hat. Deshalb ist der Regierungsrat der Ansicht, dass diese Regulierungsfolgeabschätzung für das Klima nicht zielführend ist. Der Regierungsrat beantragt Ihnen deshalb die Ablehnung dieser Motion. Besten Dank.

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 90 : 79 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 225/2018 zu überweisen.** Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.

## 5. Klimaschutz: Förderung von grossen Solaranlagen

Motion David John Galeuchet (Grüne, Bülach), Martin Neukom (Grüne, Winterthur), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 20. August 2018

KR-Nr. 227/2018, RRB-Nr. 1051/7. November 2018 (Stellungnahme)

*Ratspräsident Roman Schmid:* Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden.

*David John Galeuchet (Grüne, Bülach):* Ich danke dem Regierungsrat für seine Antwort zur Motion. Es überrascht mich nicht, dass er in der damaligen Konstellation die Motion abgelehnt hat. Gerne möchte ich Ihnen aufzeigen, weshalb Sie der Motion zustimmen sollen:

Wenn wir ernsthaft unsere Energieversorgung umbauen wollen, also Gebäude und Verkehr dekarbonisieren sowie den Atomstrom ersetzen, müssen wir mit dem Zubau der neuen erneuerbaren Energien endlich ernst machen. Zentraler Pfeiler einer neuen Energieversorgung wird in der Schweiz die Photovoltaik sein. Denn mehr als der heutige Stromverbrauch von 57 Terawattstunden lässt sich auf unseren Dächern und Fassaden erzeugen. Das bestätigen Zahlen, die das Bundesamt für Energie erhoben hat. Keine andere Energieform ist in so kurzer Zeit so günstig geworden und zeigt bei der Bevölkerung eine so hohe Akzeptanz. Wie eine nahezu fossilfreie Energieversorgung in der Schweiz aussehen könnte, zeigt Nationalrat und SwissSolar-Präsident Roger Nordmann in seinem Buch «Sonne für den Klimaschutz» auf. ETH-Professor Anton Gunzinger ging in seinem Buch «Kraftwerk Schweiz» in einigen Szenarien sogar noch einen Schritt weiter und zeigt, dass eine autarke Energieversorgung aus Schweizer erneuerbaren Energien möglich ist, etwas teurer zwar. Das müsste doch ein Weg in die Energiezukunft sein, welcher der SVP gefallen sollte. Aus meiner Sicht ist es nicht nötig, so weit wie Gunzinger zu gehen, da wir mitten in Europa liegen und strommäßig nach wie vor gut vernetzt sind.

In unserem Land wurde 2015 mit 337 Megawattleistung am meisten Photovoltaik hinzugebaut. Seither ist der Zubau wieder um 30 Prozent gefallen. Wie soll man das der Bevölkerung, welche der Energiestrategie (*in der Volksabstimmung vom 21. Mai 2017*) mit 58,2 Prozent zugestimmt hat, erklären? Die Pace beim Zubau muss deutlich gesteigert werden, und zwar um den Faktor vier bis fünf. Die Solarbranche ist überzeugt, dass sie das schaffen kann. Dazu werden aber viele Fachkräfte gebraucht, welche aktuell schwer zu finden sind. Dafür würden

wir Umschulungen sehr begrüssen. Die Wertschöpfung von Solaranlagen fällt zu 50 Prozent in der Schweiz an, dies meist im KMU-Bereich. Eine so hohe Quote erreicht wohl kaum eine andere Energieerzeugungsform in der Schweiz. Mit der Einmalvergütung, einer Investitionshilfe, hat der Bund für Kleinanlagen ein erfolgreiches Instrument geschaffen. Verhältnismässig neu ist auch, dass der Strom vor Ort direkt verbraucht werden kann, was die Stromnetze entlastet und die Anlagen wirtschaftlich sehr interessant machen kann. Leider hilft dieses Instrument nicht dabei, den nötigen Zubau zu erreichen, da hauptsächlich kleine Dächer davon profitieren können. Um die Zubauzahlen für den Solarstrom deutlich zu erhöhen, müssen die grössten zur Verfügung stehenden Dächer, Fassaden und Infrastrukturflächen genutzt werden können. Denn dort ist die Kilowattstunde im Bau am günstigsten und liegt bei 8 bis 12 Rappen, so tief wie kaum bei einer anderen Energieform, welche in der Schweiz gewonnen werden kann. Doch solange der Strom vor Ort nicht direkt verwendet werden kann, da kein oder nur ein geringer Stromverbrauch im Gebäude vorliegt, ist der Bau einer möglichst grossen Anlage aufgrund der tiefen Rückspeisetarife der Energieversorgungsunternehmen nicht wirtschaftlich und deshalb für Investoren nicht interessant. Ein Grund, weshalb auch unser eigenes Werk, die EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), Solar- und Windkraftwerke im Ausland baut. Meine Damen und Herren der bürgerlichen Ratsseite, genau hier sehe ich den Kanton in der Pflicht. Die Rahmenbedingungen müssen auch in der Schweiz und insbesondere im Kanton Zürich so gestaltet sein, dass der Bau von Kraftwerken interessant ist. Lassen Sie uns investorenfreundliche Rahmenbedingungen für Solar-kraftwerke im Kanton Zürich schaffen. Als grösster Wirtschaftskanton tragen wir bisher zur Energieversorgung in der Schweiz nur in einem bescheidenen Masse bei. Wir verbrauchen zehn Mal mehr Strom, als wir produzieren. Mit unseren Dach- und Fassadenflächen in Industriegebieten und auf grossen Dächern der Landwirte können wir unseren Anteil an der Schweizer Energieversorgung beisteuern. Heute liegt der Kanton Zürich mit 80 Watt pro Kopf Photovoltaik-Leistung auf dem drittletzten Rang der Kantone und erreicht nur einen Drittelf der durchschnittlichen Schweizer Leistung von 250 Watt pro Kopf.

Der Regierungsrat gibt aber die Verantwortung dem Bund, welcher primär für die Energieversorgung verantwortlich ist. Der Regierungsrat verfügt durch die Vorlage 5583 über einen Rahmenkredit für Subventionen, gestützt auf Paragraf 16 des kantonalen Energiegesetzes. Der Regierungsrat behauptet in seiner Antwort, dieser Paragraf enthalte keine Massnahmen für die Photovoltaik. Genau dies sieht die Grüne

Fraktion anders, weshalb ich gerne aus dem kantonalen Energiegesetz zitiere, Paragraf 16 Absatz 2: «Der Kantonsrat bewilligt einen Rahmenkredit, aus dem der Regierungsrat oder die Direktion Subventionen gewähren kann.» Und litera c: «bis höchstens 400 Franken pro einsparbare oder nutzbare Jahresmegawattstunde an Massnahmen zur rationellen Energienutzung sowie zur Nutzung von Abwärme und erneuerbaren Energien.» Das heisst doch, dass der Regierungsrat jede Kilowattstunde erneuerbaren Stroms mit bis zu 40 Rappen fördern kann. So viel braucht es schon lange nicht mehr. Der Regierungsrat soll den gesetzlichen Rahmen so nutzen oder entsprechend anpassen, dass er die Differenz zur Wirtschaftlichkeit von grossen Solaranlagen selber decken kann oder wie er die Netzversorger beziehungsweise die Energieversorger verpflichten kann, Solarstrom zu wirtschaftlichen Konditionen abzunehmen.

Gerne lassen wir uns natürlich auch einmal mehr vom Baudirektor positiv überraschen, falls er so gute Lösungen wie beim Energiegesetz finden sollte. Das ist gut fürs Klima. Deshalb bitte ich Sie, die Motion anzunehmen.

*Pierre Dalcher (SVP, Schlieren):* Um die Förderung der einheimischen erneuerbaren Stromproduktion kümmert sich der Bund bereits intensiv. Das zentrale Anliegen dieses Vorstosses liegt ja im Klimaschutz, darum ist dieses Geschäft heute auch traktandiert. Die Förderung von Solarstrom als Ersatz des bereits heute fast CO<sub>2</sub>-freien Schweizer Stroms macht deshalb wenig Sinn und schwächt durch zusätzliche Abgaben lediglich die Standortattraktivität des Kantons Zürich. Wir sehen demzufolge keinen Handlungsbedarf für eine weitere Senkung des CO<sub>2</sub> bei der Stromerzeugung, da dies bereits erreicht wurde. Doppelt gemoppelt gibt in diesem Geschäft leider keinen doppelten Gewinn, sondern nur doppelte Aufgaben ohne zusätzliche Entlastung unseres Klimas. Weiter muss man hier und heute die Frage stellen: An was hat die linke Ratsseite am 22. Oktober 2018 gedacht? Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort richtig: Ohne eine Gegenstimme – anno dazumal 163 zu null, 17 Personen nicht präsent – wurde die Vorlage 5398, Rahmenkredit 2018 bis 2021 für Subventionen, gestützt auf Paragraf 16 des Energiegesetzes, angenommen. Die Motion 327/2018, über die wir heute debattieren, wurde in der damaligen Debatte kein Wort erwähnt, obwohl ebendiese Motion bereits zwei Monate davor eingereicht worden war. Nach nicht einmal zwei Jahren ist anscheinend eure getätigte Stimme für Vorlage 5398 bereits Makulatur.

Weiter haben wir sehr Mühe zu verstehen, wieso dieses Geschäft in der heutigen Klimadebatte von der linken und grünen Seite aufgenommen worden ist. Da unsere Stromproduktion bereits heute – da wiederhole ich mich – CO<sub>2</sub>-frei ist und somit keine Vorteile für den jetzigen Klimastand bringt. Dieser Vorstoss ist auf der heutigen Traktandenliste fehl am Platz.

Hier geht es heute vielmehr darum, allgemeines Steuersubstrat für politisches Eigeninteresse und für bestimmte Gesellschaftskreise zu generieren. Wir sind vielmehr der Meinung, dass die Befreiung der Baubewilligungspflicht für Solaranlagen in den Bau- und Landwirtschaftszonen im Normalfall ausreichend ist. Am 15. Juni 2020 empfahl Regierungsrat Mario Fehr dem Kantonsrat, jeweils den regierungsrätlichen Empfehlungen zu folgen – dies mache er eigentlich immer –, denn damit führen auch wir immer gut. Heute wird die SVP-Fraktion die Empfehlung von Regierungsrat Mario Fehr gerne beherzigen und dem Regierungsrat folgen. Wir lehnen die Motion ab. Danke.

*Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.):* Die Motion will mehr Massnahmen ermöglichen, damit mehr grosse Solaranlagen über 30 Kilowatt Peak im Kanton Zürich gebaut werden. Nun führt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme aus, dass bereits Erleichterungen für den Bau von Solaranlagen bestehen, indem genügend angepasste Anlagen von der Baubewilligungspflicht beispielsweise befreit sind. Zudem wurde die Vorlage 5398, Rahmenkredit für Subventionen, gestützt auf das Energiegesetz, am 22. Oktober 2018 einstimmig angenommen. Darin sind aber keine derartigen Subventionen vorgesehen und es wurden keine entsprechenden Anträge gestellt. Da mutet es doch sehr seltsam an, dass vorliegende Motion im August 2018 eingereicht wurde. Diese Vorlage zeigt auch, dass die gesetzlichen Grundlagen bereits vorhanden sind, um zu handeln, und auch genutzt werden sollen, was die Motionäre offensichtlich verpasst haben. Anstelle eines Antrags bei obenerwähnter Vorlage, welche jetzt schon Nutzen stiften würde, haben sie dem Politmarketing den Vorrang gegeben; aus meiner Sicht ein eher fragwürdiges Verhalten angesichts dessen, was man in Bezug aufs Klima erreichen will. Weiter ist zu beachten, dass Photovoltaik-Anlagen den CO<sub>2</sub>-Haushalt der elektrischen Energieversorgung in der Schweiz nicht vermindern, sondern aufgrund der Gesamt-CO<sub>2</sub>-Bilanz von Pellet zu Gas sogar verschlechtern.

Und zum Schluss noch folgender Hinweis: Photovoltaik-Förderung ist auf Bundesebene geregelt. Und Subventionen sollten mit dem Abstim-

mungsversprechen in der Debatte um die Energiestrategie 2050 auslaufen und nicht neu geschaffen werden. Dabei sind Subventionen gar nicht nötig, da die Kosten von Photovoltaik-generiertem Strom bereits heute wirtschaftlich konkurrenzfähig bereitgestellt werden kann, insbesondere bei grossen Anlagen, was die Motionäre ja auch selber angegeben haben. Zudem gibt es Möglichkeiten von Eigenverbrauchsgemeinschaften oder auch den Strom selbst zu verkaufen, um bessere Preise zu erzielen. Deshalb lehnt die FDP diese Motion ab. Besten Dank.

*Farid Zeroual (CVP, Adliswil):* Grosse Photovoltaik-Anlagen auf bestehenden Dächern zu installieren, bietet tatsächlich eine attraktive Möglichkeit, um Strom aus Sonnenergie zu erzeugen. Daher ist das Ansinnen der Motionäre plausibel und nachvollziehbar. Jedoch alleine die Erstellung zusätzlicher Photovoltaik-Anlagen zu fordern, greift zu kurz. Auf einen wichtigen Aspekt geht die Forderung in der Motion nicht ein, es ist ein Aspekt, welcher in der Diskussion um Kilowattstunden pro Fläche Investitionsbeiträge oder Einspeisevergütungen ungenügend Berücksichtigung findet. Vor einer Woche erlebten wir den längsten Tag des Jahres. Bei schönem Wetter herrschen ideale Bedingungen, um dank der langen Sonnenscheindauer ein Maximum an elektrischer Energie zu ernten. Doch wie sieht der Ertrag an elektrischer Energie in sechs Monaten aus, wenn die Sonnenscheindauer im Dezember nicht mehr 16 Stunden, sondern nur noch acht Stunden beträgt? Leider ist es so, dass Solaranlagen im Sommer mehr Sonnenergie effizient in Strom umwandeln können als im Winter. Dies wäre kein Problem, wenn im Winter weniger Strom benötigt würde als im Sommer. In der Ausgabe 2/2019 des EKZ-Magazins «EKZblue» wird die Frage gestellt: Wann brauchen wir am meisten Strom? Neben anderen Ausführungen steht in der Antwort: Wir brauchen im Winter generell 35 Prozent mehr Strom als im Sommer. Also genau in den Phasen, in denen ein höherer Strombedarf besteht, liefern Photovoltaik-Anlagen deutlich weniger Strom. Einfach mehr Solaranlagen zu installieren, wird also in den Phasen mit hohem Verbrauch nur einen ungenügenden Beitrag zu einer stabilen Energieversorgung leisten, zumal in den kommenden Jahren bei der Umsetzung der Dekarbonisierung noch Tausende von fossilen Heizungen auf Wärmepumpen umgestellt werden sollen. Neben Solaranlagen braucht es neue Verfahren und Technologien zur Speicherung von Energie. Schon in der Beratung zur Vorlage 5398, dem Rahmenkredit zur Subvention auf der Basis des kantonalen Energiegesetzes, hat die CVP im Oktober 2018 mehr Mittel zur Förderung von Pilotprojekten

gefordert, vor allem Pilotprojekte, welche auch den Aspekt der Speicherung von Energie abdecken.

Die CVP wird die Motion zur Förderung grosser Solaranlagen überweisen, dies verbunden mit dem sachrichtigen Anliegen, bei der Erarbeitung der gesetzlichen Grundlage auch die Aspekte der Speicherung von Solarenergie zu berücksichtigen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): «Hoble, nöd höbele!» (Der Votant zeigt den Schreinerhobel, den er aufs Rednerpult gelegt hat.)* Mit diesem eingängigen Slogan hat mein Berufskollege und ehemalige Nationalrat aus Affoltern am Albis gerne sein Verständnis politischer Arbeit beschrieben. Nicht, dass Toni Bortoluzzi mein politisches Vorbild schlechthin gewesen wäre, schon gar nicht, wenn es um Umwelt- und Klimaschutz ging, aber sein Spruch passt nun mal hervorragend zu dieser Motion, die Solaranlagen mit mehr als 30 Kilowatt fördern will. Denn wir sollten uns nicht nur auf Neubauten und Dachsanierungen von Einfamilienhäusern fokussieren, wenn's um die Nutzung der Sonnenenergie geht, die sind ja heute schon beinahe standardmäßig mit einer PV-Anlage versehen, die typischerweise eine Leistung von 8 bis 10 Kilowatt aufweisen.

Unsere Sorgenkinder tragen Namen wie «Mehrfamilienhaus», «Industriebau» und «Landwirtschaftsdach», denn bei ihnen ist der Solaranlagen-Zubau massiv eingebrochen. Aber das erstaunt eigentlich niemanden, der bei betriebswirtschaftlichen Lektionen nicht dauernd hinter der Säule sass. Wer gelegentlich nach vorne blickte, bekam vielleicht sogar mit, dass Photovoltaik-Anlagen heute üblicherweise mit Einmalvergütungen gefördert werden, diese aber nur 20 bis 25 Prozent der Investitionskosten decken. Rechenkünstler schlossen daraus messerscharf, dass eine solche Förderung nur in Kombination mit hohem Eigenverbrauch zu einem marktüblichen Payback führen kann, zumindest so lange, wie selbst verbrauchter Strom von den Verteilnetzbetreibern mit unterirdisch tiefen Tarifen von 7 bis 8 Rappen pro Kilowatt vergütet wird. Zwischenfazit: Wer unter diesen Bedingungen eine grosse Solaranlage bauen möchte, muss sich wahrscheinlich schon am frühen Morgen eine grosse Portion Idealismus aufs Butterbrot streichen.

Alle anderen reihen solche Almosen einfach in die Kategorie «beschämend» ein und gehen zur Tagesordnung über. Und als ob das nicht schon schlimm genug wäre, müssen wir auch feststellen, dass diese Almosenpolitik eine schlimme Nebenwirkung hat. Denn sie führt dazu,

dass auf Gebäuden mit kleinem Eigenverbrauch kaum Solaranlagen gebaut werden. Stalldächer oder Lagerhäuser bleiben daher ungenutzt. Oder die Grenze von 30 Kilowatt wird bewusst unterschritten, um bewilligungs- und messtechnische Auflagen zu umgehen.

Wir können es nicht oft genug wiederholen: Will die Schweiz von Stromimporten unabhängiger werden und die AKW ersetzen, braucht es nicht nur Wärmepumpen und E-Mobilität, sondern auch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Und weil die Sonne dafür die beste Lieferantin ist, muss mehr Photovoltaik her. Allein auf den am besten geeigneten Dächern und Fassaden der Schweiz liesse sich 10 Prozent mehr Strom produzieren, als wir heute verbrauchen; die Quelle dazu: nicht Herr Fantast oder Frau Wunder, sondern das Bundesamt für Energie. Um dieses Potenzial fristgerecht nutzen zu können, muss der jährliche Zubau auf rund 1500 Megawatt erhöht werden, also etwa vier Mal mehr als heute.

Auf Bundesebene ist das Problem erkannt. Im Rahmen der laufenden Vernehmlassung zur Revision des eidgenössischen Energiegesetzes wird ein Auktionsverfahren für grosse Anlagen vorgeschlagen. Angesichts der komplexen Gesetzesvorlage dürfte diese Neuerung aber frühestens 2024 in Kraft treten. Das heisst, es geht wertvolle Zeit verloren; Zeit, in der Dächer neu erstellt oder saniert werden, aber eben ohne Photovoltaik; Zeit, die nicht verloren ist, wenn die Kantone handeln. Die Möglichkeit dazu haben sie ja, wie unser nördlicher Nachbar in seiner kürzlich verschickten Medienmitteilung beweist.

Die Aufzählung ginge noch weiter, aber die Motion soll überwiesen werden, damit wir den Regierungsrat loben und sagen können: «Da isch ghoblet worde und nöd ghöbelet.» Danke.

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* Sinnvolle Klimapolitik erfordert das Gegenteil von eindimensionalem Denken und erfordert die Bereitschaft, Relikte der Erkenntnis zu überprüfen und zu überdenken. Noch vor wenigen Jahren galt Photovoltaik als das Ei des Kolumbus für den immer steigenden Bedarf an Strom. Wir wissen heute, dass gerade auch klimarelevante Projekte, wie Wasserstoff-Herstellung, enorm Strom verbrauchen. An internationalen Klimakonferenzen setzt sich die Erkenntnis durch, dass man AKW wieder einen gebührenden Platz einräumen soll. Und neuere Erkenntnisse zeigen auch ganz konkret wissenschaftlich, dass Photovoltaik-Anlagen eine etwa siebenfach schlechtere CO<sub>2</sub>-Bilanz haben als AKW und Wasserkraftwerke. Wir sollten nicht Relikte aufarbeiten, sondern bereit sein, neue Erkenntnisse mit in

unsere Politik einfließen zu lassen. Historisch ist der Vorstoss interessant, aber ich finde, er ist von der Welt überholt. Ich danke euch.

*Lorenz Habicher (SVP, Zürich):* Die nächste Krise kommt bestimmt. Es wird eine Energiekrise sein und wir dürfen mit einem Blackout rechnen, wenn Sie so weiterlegieren. Der Energieverbrauch 2019 ist leicht gestiegen. Am 25. Juni dieses Jahres hat das Bundesamt für Energie den Überblick über den Energieverbrauch der Schweiz im Jahre 2019 publiziert. Der Energieverbrauch der Schweiz ist 2019 gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent auf 834'210 Terajoule gestiegen. Ein wichtiger Grund dafür ist die im Vergleich zum Vorjahr kühtere Witterung. Der leichte Anstieg des Energieverbrauchs um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie auf die kühle Witterung zurückzuführen. Die Anzahl Heizgradtage, ein wichtiger Indikator für den Energieverbrauch zu Heizzwecken nahm gegenüber dem Vorjahr um 6,1 Prozent zu. Zugemommen haben 2019 auch andere Faktoren, welche den langfristigen Wachstumstrend des Energieverbrauchs bestimmen: Die ständige Wohnbevölkerung 0,7 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt 0,9 Prozent, der Motorfahrzeugbestand 0,8 Prozent und der Wohnungsbestand; diese Zahl kann ich Ihnen leider noch nicht sagen, aber auch der Wohnungsbestand erhöht den Verbrauch. Sie sehen, es sind mehrere Sachen, die es beeinflussen, und mit dieser Motion werden Sie dies nicht beeinflussen und auch nicht lösen können. Lehnen Sie ab.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Pierre Dalcher hat vorhin in seinem Votum die Frage gestellt: Hat das überhaupt einen Zusammenhang mit dem Klimawandel, der Ausbau der Solarenergie? Nun, ich masse mir natürlich nicht an, die Traktandenliste des Kantonsrates zu kommentieren, aber einen Zusammenhang mit dem Klima sehe ich in dem Sinne indirekt, denn Klimaschutz bedeutet in den meisten Fällen, dass dort, wo fossile Energie verbraucht wird, diese durch den Verbrauch von elektrischer Energie ersetzt wird. Das sehen wir im Heizungsbereich, wo Öl und Gas durch eine Wärmepumpe ersetzt werden, die Strom braucht, und im Fahrzeugbereich mit der Elektromobilität auch. Deshalb können wir den Ausbau der Solarenergie wohl als flankierende Massnahme zum Klimaschutz bezeichnen, er hat vermutlich doch etwas in dieser Debatte zu suchen.

Der Solarstrom hatte eine beeindruckende Entwicklung: In den 90er-Jahren kostete ein einziges Solarmodul noch 15 Franken pro Watt. Heute sind die Preise deutlich unter 50 Rappen pro Watt gefallen und dadurch hat sich natürlich ganz vieles verändert. Diese Entwicklung hat

selbst die grössten Optimisten unter den Solarpionieren deutlich überrascht.

Das Potenzial für den Ausbau der neuen Stromerzeugung ist mit der Photovoltaik einfach am grössten und am günstigsten. Also schauen Sie sich die verschiedenen Optionen an: Martin Hübscher hat (*in seinem Grundsatzvotum zur Klimadebatte*) für neue Atomkraftwerke plädiert. Gut, die Bevölkerung hat sich anders entschieden und will keine neuen Atomkraftwerke. Wenn wir aber schauen, was neue Atomkraftwerke kosten, die aktuell gebaut werden, dann sind sie teurer als der Solarstrom, den wir hier haben. Wenn wir schauen, was der Ausbau der Kleinwasserkraft in der Schweiz kostet – er ist relativ langwierig –, dann ist auch er teurer als die Photovoltaik. Beim Wind sehen wir, dass es einfach nicht vorwärtsgeht. Beim Biogas sehen, dass das Potenzial sehr beschränkt und auch teurer ist als die Photovoltaik, und Gleiches gilt natürlich für die Geothermie. Also Photovoltaik hat, wenn wir das Potenzial von neuen Energieerzeugungsanlagen in der Schweiz anschauen, das grösste Potenzial.

Farid Zeroual hat aber zu Recht auf das grosse Manko der Photovoltaik hingewiesen, und das ist, das die Photovoltaik im Winter weniger Strom produziert als im Sommer. Das ist tatsächlich so. Das Bundesamt für Energie hat deshalb eine Studie publiziert, um zu analysieren, wie man den Winterstrom von Photovoltaik optimieren kann. Und da ist einiges zu machen, und das ist meiner persönlichen Meinung nach auch das, was nötig sein wird, um die Stromversorgung sicherzustellen, also eine auf Winterstrom optimierte Photovoltaik.

Das Problem aktuell ist, wenn wir schauen, wie viel zusätzlichen Strom wir für die Wärmepumpen, die Elektromobilität und die wegfallenden Atomkraftwerke brauchen, dann sehen wir einfach, dass der aktuelle Zubau an Solarenergie einfach nicht reicht, um diese Lücken zu decken. Aktuell bauen wir pro Jahr ungefähr 300 Megawatt Solarpanels zu. Diese produzieren 0,3 Terawattstunden Energie pro Jahr. Gesamthaft brauchen wir aber ungefähr – eine grobe Abschätzung – bis 2050 rund 40 Terawattstunden. Das heisst, mit dieser Geschwindigkeit, mit der wir aktuell beim Zubau von Solarenergie unterwegs sind, brauchen wir 130 Jahre, um dies zu erreichen. Das ist ein bisschen zu lange, vor allem, weil wir die Atomkraftwerke wahrscheinlich auch nicht ganz so lange laufen lassen möchten. Es muss also deutlich schneller gehen. Der Bund – das wurde schon erwähnt – hat das erkannt. Der Bund hat deshalb die Vernehmlassung zu einer Revision des eidgenössischen Energiegesetzes gestartet. Da will er die Investitionsbeiträge stärken; einer-

seits erhöhen und auch für die grosse Photovoltaik nutzbar machen. Damit rechnet der Bund, dass er den Zubau der Photovoltaik immerhin etwas mehr als verdoppeln kann. Hier stimmt die Richtung also sehr. Der Regierungsrat ist hingegen der Ansicht, dass die Subventionspolitik und die Politik für die Förderung von erneuerbaren Energien auf Bundesebene stattfinden sollte, und dass wir nicht im Kanton selber nochmals zusätzlich ein Förderinstrument installieren sollten. Deshalb beantragt der Regierungsrat die Ablehnung.

Grundsätzlich ist es aber möglich, dass wir im Kanton eine Förderung machen könnten. Zum Beispiel macht das der Kanton Graubünden. Herr Galeuchet hat auf das Energiegesetz und Artikel 16 des kantonalen Energiegesetzes hingewiesen. Das steht tatsächlich, dass wir grundsätzlich auch Photovoltaik mit dem Topf fördern könnten; das liegt in der Kompetenz der Baudirektion. Und ich kann Ihnen auch sagen, warum ich das nicht tue: Artikel 16 des Energiegesetzes nutzen wir nämlich, um die Gebäudesanierungen und den Ersatz von Wärmepumpen zu subventionieren. Deshalb ist das Geld bereits da in Verwendung. Und es ist zu wenig Geld da, um auch noch die Solarenergie zu fördern. Wenn man das wollte, müsste man den Kredit erhöhen.

Zusammenfassend: Der Regierungsrat bevorzugt Regelungen auf nationaler Ebene und beantragt darum die Ablehnung der Motion. Besten Dank.

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 102 : 70 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 227/2018 zu überweisen.** Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.

## **6. Verschiedenes**

### *Fraktions- und persönliche Erklärungen*

**Persönliche Erklärung von Hans-Peter Amrein, Küssnacht, zur Meinungsfreiheit**

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht):* Sind wir wieder soweit? Ausgrenzungen wie in den 30er-Jahren, und das in unserer Kantonshauptstadt?

Stellen Sie sich vor, eine Firma lädt Sie zum Mittagessen ein. Angefragt nennen Sie erfreut den Namen eines Restaurants im Zürcher Seefeld. Corona-bedingt werden die Namen beider Gäste angegeben, Ihr Name und der Name eines langjährigen ehemaligen Nationalrates. Antwort des Restaurants «Du Theatre», ich zitiere: «Da wir keine politischen Interessenkonflikte in unserem Restaurant provozieren möchten, bitten wir Sie, eine andere Lokalität für Ihr Mittagessen zu wählen. J. Müller.» Während fast einem Vierteljahrhundert im Ausland habe ich in autoritären Staaten viel Unschönes gesehen und erlebt und schätze deshalb die freie Meinungsäusserung in unserem Lande über alles. Zu meinen Bekannten und Freunden gehören Menschen jeglicher Provenienz und fast aller in der Schweiz vertretenen Parteien und demokratischer politischer und weltanschaulicher Richtungen, und ich achte alle diese Menschen und ihre Meinung. Was sich aber in unserem Kanton in den letzten Wochen abgespielt hat, ist unglaublich: Wer seine Meinung – notabene ohne irgendwelchen extremistischen oder rassistischen Hintergrund – äussert, etwa seinen Missmut über regelmässige gesundheitsgefährdende und gewerbeschädigende unerlaubte Demonstrationen in der Kantonshauptstadt kundtut, dem wird von der Post gekündigt, Aufträge werden von einer genossenschaftlich organisierten Versicherung storniert oder von einem Weltkonzern annulliert. Das Staatsfernsehen (*gemeint ist SRF*) publiziert in der Haupttagesschau das Bild eines kleinen Jungen mit einem «Fuck-Police»-Plakat. Dafür rufen teils mit Steuergeldern in teuren ganzseitigen Inseraten Grossfirmen zu sogenannter Inklusion, Vielfalt und Toleranz auf.

Viele Bürger in diesem Kanton und auch ich verstehen diese Vorfälle nicht und wundern sich, wo das Ganze noch hinführen wird.

### ***Fraktionserklärung der SP, GLP, Grünen, EVP und AL zur Strategie der SVP in der Klimadebatte***

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Ich lese Ihnen eine Fraktionserklärung vor mit dem Titel: Wir lassen uns nicht filibustern.

Es zeichnet sich bereits nach diesem ersten Geschäft (KR-Nr. 187/2018) ab, dass die SVP diese Klimadebatte torpedieren will. Erstens: Es melden sich bei jedem Geschäft noch drei bis vier Redner der SVP-Fraktion zu Wort und beanspruchen Redezeit, ohne dass sie noch wirklich etwas Neues zu sagen hätten oder überhaupt etwas zum Geschäft, wie Sie ge-

hört haben. Zweitens verlangt die SVP nach jedem Geschäft eine Abstimmung unter Namensaufruf, so dass wertvolle Debattenzeit verloren geht, wir haben es jetzt gesehen: zwischen einer Viertelstunde und 20 Minuten. Weil die SVP zu dieser Debatte offenbar nichts Substanzielles beizutragen hat, versucht sie nun, diese Debatte mit formellen parlamentarischen Mitteln zu blockieren.

Das freie Wort ist selbstverständlich ein demokratisches Grundrecht. Filibusterei bei dieser Debatte hingegen ist verantwortungslos angesichts der drohenden Klimakrise und angesichts der Gefahren, die durch einen massiven Temperaturanstieg auf den Kanton Zürich zukommen könnten. Die Klimaerhitzung bedroht die Landwirtschaft in unserem Kanton. Sie erschwert das Leben der Bevölkerung in den städtischen Gebieten massiv und macht gerade auch der älteren Bevölkerung zu schaffen. Die Klimaerhitzung gefährdet einheimische Pflanzen und Tiere, führt zu Dürren und Waldbränden, zu Hochwassern, Erdrutschen und vielem mehr. Angesichts der Dringlichkeit der klimapolitischen Entscheide lassen wir uns diese Klimadebatte nicht von der SVP filibustern.

Werte Mitglieder der SVP-Fraktion, wenn Sie das Recht auf freie Rede heute weiterhin derart beanspruchen, wenn Sie fortan bei jeder Abstimmung Namensaufruf verlangen, werden wir eine Verlängerung der heutigen Debatte heute Abend in Erwägung ziehen. Eine Verlängerung der Debatte, um genau die Zeit, die Sie durch die Namensaufrufe und Ihre Filibusterei beansprucht haben. Das kann teuer werden, eine weitere Debatte, aber dann sehen Sie, wie teuer Ihr eigenes Gebaren für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist.

Die Fraktionen der SP, GLP, Grünen, EVP und AL erwägen überdies, auch weitere Klimadebatten, wenn wir nicht vorankommen, und zwar gleich nach der Sommerpause. Wir haben einen Wählerinnen- und Wählerauftrag zu erfüllen. Die Klimapolitik duldet keinen Aufschub. Wir zählen, werte Mitglieder der SVP, auf Ihre Einsicht.

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 29. Juni 2020

Die Protokollführerin:

Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 17. August 2020.

provisorisch